

Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben
 Publikationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Bezugspreis: vierteljährlich 2,10 Mark, unter Kreuzband 2,70 Mark
 Eingetragen in die Postzeitungsliste

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Fr. Krieg, Borsagen-Berlin
 Redaktion und Expedition: Berlin D. 27, Schilderstraße 6
 Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Inserionspreis:
 die sechsgehaltene Kolonietelle 40 Pfennig, für Mitglieder 30 Pfennig
 Schluß für Inserate: Montag früh 8 Uhr.

465 657 Mark Unterstützung zahlte der Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter im Jahre 1911 an seine Mitglieder. Von

den eingezahlten Beiträgen im Betrage von 1 053 153,55 Mk. sind also 44,2 Proz. als Unterstützung an die Mitglieder gezahlt.

Auf die einzelnen Unterstützungsarten entfallen auf Streikunterstützung rund 141 342 Mk., Krankenunterstützung 200 062 Mk., Arbeitslosenunterstützung 65 205 Mk., Beerdigungszuschuß 25 613 Mk.

In allen Notlagen steht der Verband seinen Mitgliedern helfend zur Seite. Kollegen agitiert für Euere Organisation!

Gewerkschaftliche Rundschau.

„Es wäre eine irrtümliche Auffassung, wenn wir glauben würden, daß wir am Ende der wirtschaftlichen Kämpfe stehen; nein, wir stehen erst im Anfang dieser Entwicklung.“ Diese Worte Legiens, gesprochen in der Eröffnungsrede des Dresdener Gewerkschaftskongresses, kommen uns unwillkürlich in den Sinn, wenn wir das Drunter und Drüber der gewerkschaftlichen Kämpfe dieser Tage ansehen. So weit das Auge blickt, nichts wie Kampf und wiederum Kampf. Und wenn zwischen dem Wollen und Können nicht so ein weiter und tiefer Abgrund bestände, dann würde die Regierung den drängelnden Rechtsparteien wohl sehr gern den Gefallen eines Ausnahmegesetzes gegen die streikenden Arbeiter erweisen. Der Minister gab aber einen so deutlichen Wink nach einer bestimmten Seite hin, der fast noch gefährlicher ist wie ein bestimmtes Gesetz, das wenigstens den deutschen Michel in seiner gewohnten Ruhe aufstößen kann. Die bestehenden Gesetze genügen, wenn sie in entsprechender Weise angewandt werden. Es gehört kein staatsanwaltschaftlicher Scharfsinn dazu, um diese Worte des Herrn Ministers Delbrück verstehen zu können. Die Arbeiterschaft wird deshalb nicht weniger auf dem Posten sein und auch gegebenenfalls mit dem Mittel des Streiks sich ihr Recht zu verschaffen suchen, wenn alle Friedensliebe in den Wind geschlagen wird. Es gehört allerdings ein seltenes Maß von Disziplin und Selbstzucht dazu, wenn die Arbeiter sich solche provokatorische Verhöhnung gefallen lassen sollen wie zurzeit die

Bergarbeiter im Ruhrrevier. Auf den Bechen Kaiserstuhl und Scharnhorst hatte man einen Augenblick die Ruhe schon verloren und die Arbeit eingestellt. Wir haben schon früher über die Bewegung der Bergleute berichtet und auch den Abfall des christlichen Gewerkschafts gekennzeichnet. Ob bei der allgemeinen Gärung die christlichen Arbeiter ihren Führern willig Gefolgschaft leisten werden, ist mehr als fraglich. Leute wie Giesberts, Behrens und Ambusch versuchen zwar das Letzte und machen die Arbeiter vor den Folgen eines Streiks allzu grauslich. Durch das Vorgehen des christlichen Gewerkschafts wurde die einheitliche Taktik der organisierten Arbeiterschaft von Anfang an sehr gestört. Damit nicht genug, möchten die christlichen Führer ihre Mitglieder mit dem Kainszeichen des Streikbruchs belasten. Es darf aber als sicher angenommen werden, daß die christlichen Arbeiter sich soweit nicht vergessen werden. Im übrigen tun die Grubenbesitzer das ihrige dazu, um die Situation nach Möglichkeit zu verschärfen. Auf der einen Seite bezeichnet man den gewählten Arbeiterausschuß als die einzige Instanz, welche berechtigt sei, Arbeiterwünsche vorzutragen, und auf der anderen Seite gibt man in einer Reihe von Gruben auch dem Arbeiterausschuß eine nichtsagende, zum Teil sogar aufreizende Antwort. Um jede unnötige Verschärfung der Lage zu vermeiden, bedarf es der ganzen Energie der Führer, um die Arbeiter von unbedachten Schritten zu bewahren, und werden erst die nächsten Tage volle Klärung in dieser Bewegung bringen. Da durch einen allgemeinen Streik der Bergarbeiter hunderttausende Arbeiter anderer Industrien in Mitleidenschaft gezogen wer-

den, so sieht die ganze Arbeiterschaft mit Spannung der nächsten Stunde entgegen. — Die von uns schon angedeutete

Aussperrung der Porzellanarbeiter ist zur vollendeten Tatsache geworden. (Eben ist der nackte Herrenmensch unverfälschter zum Ausdruck gekommen wie bei dieser Bewegung. Die Organisation der Porzellanarbeiter soll gesprengt werden, weil ein kleiner Teil Streikender nicht gewillt ist, sich ohne weiteres unter die Benützung ihrer Unternehmer zu stellen. War die Angelegenheit zunächst nur Sache der Isolatorfabriken, so ist jetzt auch, durch Maßnahmen der Unternehmer, die Geschirrinindustrie in Mitleidenschaft gezogen und sind 8500 Mitglieder des Porzellanarbeiterverbandes ausgesperrt. Da die Unterstützung dieser großen Anzahl von Arbeitern über die Kraft der betreffenden Organisation geht, so hat die Generalkommission einen Aufruf zu allgemeiner Unterstützung erlassen, der bereits in voriger Nummer unserer Zeitung erschienen ist. Die Solidarität der deutschen Arbeiterschaft wird auch in diesem Kampfe nicht versagen und die frommen Wünsche der Unternehmer bereitelten. — Ein gleich gewaltiger Kampf herrscht zurzeit im

Herrenmaße Schneider-Gewerbe. Die zentralen Verhandlungen haben sich zerschlagen und erfolgte darauf in einer großen Zahl von Orten am 1. März die Arbeitseinstellung. Zuerst schien es, als sollten die Verhandlungen auch in diesem Jahre friedlich beendet werden können. Es scheint aber die Absicht der Zentralleitung des Arbeitgeberverbandes gewesen zu sein, es zu einem Kampfe kommen zu lassen. Die zentralen Verhandlungen über Arbeitszeit, Lieferung von Zutaten und die Heimarbeiterfrage verliefen sehr gut und kam es erst bei den örtlichen Zuschlüssen zu schärferen Differenzen. Allen Anschein nach plant man jetzt eine Generalaussperrung, wenn die letzten Nachrichten glaubwürdig sind, und soll bereits am 9. März zu dieser Maßregel gegriffen werden. Indessen vollziehen sich an einzelnen Orten, namentlich in Berlin, die Dinge sehr ruhig, und haben die Berliner Arbeitgeber auscheinend keine Lust, eine Aussperrung mitzumachen. Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß es in Kürze zu neuen Verhandlungen kommt, denn die Unternehmer haben in diesem Kampfe fast mehr zu verlieren wie die Gehilfen. — Wenn nun auch unsere augenblicklich tobenden Kämpfe der deutschen Arbeiterschaft ein großes Interesse beanspruchen, so richtet sich aber das Hauptinteresse auf den

Kampf der englischen Bergarbeiter. So lange von wirtschaftlichen Kämpfen im In- oder Ausland die Rede ist, hat man ein derartig gigantisches Ringen noch nicht erlebt. Zwar haben die englischen Bergarbeiter schon des öfteren Ausstände von diversen Hunderttausenden inszeniert, jedoch ist es niemals zu einer so großen Ausdehnung gekommen wie zur gegenwärtigen Stunde. Weit über 1 Million Arbeiter im Streik! Man kann sich kaum vorstellen, wie ein solcher Kampf in das Wirtschaftsleben des vom Streik betroffenen Landes eingreifen muß. Aber nicht nur das eigene Land, sondern auch das Ausland ist schon stark in Mitleidenschaft gezogen. Bevor die Arbeitseinstellung zur festen Tatsache wurde, stand die öffentliche Meinung Englands aus-

schließlich auf Seiten der Arbeiter. Jetzt, wo der gewaltige Kampf zum Ausbruch gekommen ist, bekommt man es mit der Furcht zu tun. Glücklicherweise scheint die Regierung den Kopf oben zu behalten. Allerdings werden die Hoffnungen, welche man auf die Minister gestellt hatte, nicht ganz erfüllt werden. Jedenfalls werden die Forderungen der Bergarbeiter, die Minimallohne betreffend, eine gesetzliche Regelung erfahren. Bei Gelegenheit dieses Kampfes erproben eine große Reihe von Nationalökonomien, Scharfmachern, Professoren und sonstigen Leuten, ihr Talent auf geeignete Vorschläge zur Beseitigung dieser schwerwiegenden Krisis. Verstaatlichung der Bergwerke, Konfiszierung der Gewerkschaftskassen, Niederknüppelung des Ausstandes durch Polizei und Militär, und was sonst noch diese Hirne ausbrüten werden, die Bergarbeiter scheinen entschlossen zu sein, den Kampf nur durch einen vollen Sieg zum Ende führen zu wollen. Das entschiedene Vorgehen der organisierten Arbeiter scheint auch die Bergarbeiter aller Länder aus ihrer Reserve zu bringen. So sehen wir in Frankreich einen kleinen Sympathiestreif, in Amerika starke Lust, es den englischen Arbeitern gleich zu tun. In Böhmen haben 12 000 Bergarbeiter Forderungen eingereicht.

So steht der Mann der Grube, der Kohlengräber im Kampf um sein täglich Brot. Ein Brot, das nur unter tausend Gefahren in tiefer finsterner Nacht, fernab von allem menschlichen Leben erarbeitet werden kann. Diesen Kämpfen gehört die Sympathie der ganzen Welt, denn sie verdienen sie stündlich.

Die im vorstehenden Artikel behandelte Lohnbewegung der Bergarbeiter ist nun in ein weiteres Stadium getreten. In einer Revierkonferenz der Bergarbeiter, die am Sonntag, den 10. März, in Serne tagte, erklärten sich nur 76 von 600 Vertretern gegen den Streik. Die Konferenz war von dem alten Bergarbeiterverband, dem Girsch-Dunderischen und dem polnischen einberufen. Die auf der Konferenz angenommene Resolution wurde in den am selben Tage tagenden Bergarbeiterversammlungen angenommen. Wie groß die Zahl der Streikenden ist, war bis zum Redaktionsschluß noch nicht bekannt. Der Aufforderung des christlichen Verbandes zum Streikbruch dürften auch recht viele Mitglieder des christlichen Gewerkschafts nicht Folge leisten.

Das „ewige Problem der Arbeitswilligen“

Die Volkswirtschaftliche Gesellschaft München und der Sozialwissenschaftliche Verein der Universität München veranstalteten am Mittwoch, den 28. Februar, eine Versammlung, in der Universitätsprofessor Dr. Rujio Brentano über das Thema: „Das ewige Problem der Arbeitswilligen“ sprach. Der Referent erklärte in der Einleitung, es erfülle ihn mit aufrichtiger Trauer, heute an das Problem eines Gesetzes zum Schutze der Arbeitswilligen herantreten zu müssen, dessen Lösung er schon vor 40 Jahren den Weg gemahnt habe; oft habe es geschienen, als ob der Gesetzgeber diesen Weg beschreiten wolle, aber immer seien wieder Hindernisse aufgetaucht, die das Weiterfahren auf diesem Wege unmöglich machten. So

wolle er denn, unbeeinflusst von Parteipolitik und den Blick nur auf das große Ganze richtend, diesen Weg nochmals zeigen.

Als der Zunftzwang dazu geführt hatte, daß die Behörden die Löhne der Arbeiter — natürlich zugunsten der Arbeitgeber — festsetzten, protestierten Einsichtige namens der Freiheit der Arbeit gegen diesen behördlichen Eingriff. Ja, im Namen der Freiheit wurden die Zunftorganisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer verboten. Diese Maßnahme konnte als ausreichendes Abhilfsmittel gelten, da damals der Arbeitsvertrag noch ein individueller war.

Heute aber sind die Rollen vertauscht. Unsere moderne Entwicklung ließ einen individuellen Arbeitsvertrag nicht mehr zu. Der einzelne Arbeiter hatte bei Bestimmung der Arbeitsbedingungen kein Wort mehr mitzureden, diese feste einseitig der Käufer der Arbeit fest. Daher wurden die Rollen vertauscht. Jetzt verlangt nicht mehr, wie früher der Zunftmeister, sondern der Arbeiter die gesetzliche Festlegung der Arbeitsbedingungen. Der Staat leistete zunächst Widerstand, ja er verschärfte das Koalitionsverbot. Da aber selbst die Androhung und Vollstreckung drakonischer Strafen die Arbeiter nicht abzuschrecken vermochten, erkannte man endlich die Schädlichkeit des Koalitionsverbotes. Es wurde in der deutschen Gewerbeordnung im § 152 Absatz 1 aufgehoben.

Allein praktisch erhielten damit die Arbeiter nicht die Koalitionsfreiheit. Denn der Gesetzgeber hatte nur halbe Arbeit gemacht. Bestimmte doch der zweite Absatz des § 152, daß jedem Teilnehmer an Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen der Rücktritt von solchen Verabredungen und Vereinigungen freistehe und aus letzterem weder Klage noch Einrede statfinde. Das ist eine merkwürdige juristische Anomalie. Den Lohnverabredungen war damit der juristische Schutz entzogen. Das Koalitionsrecht war demnach nur ein sittlicher Faktor, gestellt auf gegenseitige Treue und das Ehrgefühl der Arbeiterklassen. Auf diese Bestimmung stützte sich die polizeiliche Verfolgung des Streikpostens, während den Arbeitgebern jederzeit möglich und gestattet ist, durch schwarze Listen oder durch telephonische Mitteilung den gleichen Zweck zu erreichen, den die Streikenden durch das Aufstellen von Posten verfolgen.

Die ärgste Anomalie ist aber der § 153 der Gewerbeordnung. Er verweigert den Arbeitern die Anwendung von Mitteln, deren sich die übrigen Gesellschaftsklassen, die sich gegen Vertragsbruch schützen wollen, straflos bedienen können. Im gesamten bürgerlichen Leben denkt man wegwerfend von dem, der aus egoistischen Motiven die Interessen seiner Kameraden opfert, man kann ihn straflos tadeln. Wer aber einem Streikbrecher Vorwürfe macht, wird nach § 153 der Gewerbeordnung mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft. Unser Strafgesetzbuch kennt auch eine Strafe wegen Verrufserklärung,

von der in allen gesellschaftlichen Klassen Gebrauch gemacht wird. Besonders bei Kartellen ist sie ein wirksames Mittel, jenen in die gesellschaftliche Acht zu erklären, der unter Kartellpreisen verkauft. Nach § 153 der Gewerbeordnung kann ein Arbeiter schon bestraft werden, der erklärt, mit einem Streikbrecher nicht Kartenspielen zu wollen.

Der § 153 der Gewerbeordnung bestimmt ferner, daß auf eine Gefängnisstrafe bis zu drei Monaten erkannt werden kann, sofern nach dem allgemeinen Strafgesetze nicht eine härtere Strafe eintritt. Warum hat man nicht einfach alle bei Aussperrungen oder Streiks begangenen Vergehen oder Verbrechen unter die Bestimmungen des Strafrechts gestellt? Dann könnte der § 153 aus der Gewerbeordnung gestrichen werden.

Arbeiter sind es nicht, die den Schutz der Arbeitswilligen fordern. Es sind vielmehr die, die für die Wiedereinführung des Befähigungsnachweises schwärmen, die sich unter Konventionalstrafe verpflichten, ihren Arbeitern keinen höheren Lohn zu zahlen, die zwar den Schutz der nationalen Arbeit verlangen, aber auf ihren Schiffen Regere beschäftigen und Kulis importieren wollen. Diese Männer haben plötzlich ihr Herz für die Freiheit der Arbeiter entdeckt.

Arbeiter, die bereit sind, an die Stelle der Streikenden zu treten, sind solche, die jeden Gemeingefühls und der Standesehre bar ihren momentanen Vorteil verfolgen. Bei manchen ist ja die Not des Augenblicks so groß, daß sie ihr dauerndes Interesse zu opfern geneigt sind. Unsere Riesenbetriebe halten sich auch eine Horde von Arbeitswilligen, manche Arbeiter werden auch durch Wohlfahrtseinrichtungen genötigt, auf ihr Koalitionsrecht zu verzichten. Auch die gelben Gewerkschaften gehören hierher, und der neueste Erwerbszweig ist es, eine Truppe von berufsmäßigen Streikbrechern anzumerben, die man da und dort hinschickt.

Die parteiische Stellung zugunsten der Käufer der Arbeit hat Erbitterung und anarchische Vorkommnisse im Gefolge. Solche Ausschreitungen sind zu beklagen. Ein vermehrter Schutz der Arbeitswilligen ist aber gar nicht nötig, denn zur Unterdrückung solcher Ausschreitungen reichen die Bestimmungen des Strafgesetzes aus.

Da es individuelle Arbeitsverträge nicht mehr gibt, ist es ein Unding, dem gemeinsamen Vorgehen die Rechtsverbindlichkeit zu verlagern. Das einzige, was helfen kann, ist, daß der Staat, der A gesagt hat, auch B sagt und die im kollektiven Arbeitsvertrag festgesetzten Arbeitsbedingungen für alle im Gewerbe Tätigen als rechtsverbindlich anerkennt. Sobald das geschehen ist, ist die ganze Frage des Schutzes der Arbeitswilligen gelöst; denn von diesem Augenblick an wird es keine Person mehr geben, die man als Streikbrecher verwenden kann. Und das Recht auf Arbeitseinstellungen und Aussperrungen würde damit zwar nicht aufgehoben, aber ausgeschaltet. Die Bedingungen des Arbeitsvertrages wären rechtsgültig wie ein

Nichterspruch. Als ich vor vierzig Jahren für den freiwilligen kollektiven Arbeitsvertrag eingetreten bin, wurde ich verspottet. Nach dem Stände vom 31. Dezember 1910 bestanden in Deutschland aber 8293 Tarifverträge, die 173 727 Betriebe mit 1 361 085 Personen umfaßten. Der kollektive Arbeitsvertrag marschiert also vorwärts. Noch fehlt aber die Rechtsverbindlichkeit dieser Verträge. Aber auch sie wird kommen.

Ich glaube, mich mit meinen Ausführungen mit keiner politischen Partei in Widerspruch gesetzt zu haben. Die Sozialdemokraten verfolgen das selbe Ziel wie ich seit 40 Jahren. Der Liberalismus, dessen Ziel es ist, jedem einzelnen die Möglichkeit der freien Entfaltung zu verschaffen, hat erkannt, daß man dieses Ziel nicht durch atomistische Isolierung, sondern nur durch Organisation erreichen kann. Den Konservativen muß die Wiederherstellung der Ordnung willkommen sein. Und das Zentrum endlich versteht es ja auch, sich aus dem Programm der anderen Parteien das ihm Passende anzueignen. Wofür ich eintrete, findet heute nur noch einen prinzipiellen Gegner in Deutschland, der allerdings von mächtigem Einfluß ist. Das ist die Schwerindustrie, obwohl sie von den Arbeitern das Kartellprinzip übernommen hat. Das deutsche Volk kann aber nicht gestatten, daß relativ wenige Herrenmenschen seine gesamte wirtschaftliche Existenz bedrohen.

Wenn heute mancher den Tarifvertrag nicht einhält, so liegt das in den Bestimmungen des § 152 Abs. 2, der die Rechtsverbindlichkeit ausschließt. Wird diese anerkannt, so ist selbstverständlich jeder Kontrahent für den Inhalt der Vereinbarungen haftbar. Die industriellen Magnaten haben an Stelle dieser Neuordnung nichts anderes vorzuschlagen als die Anwendung offener oder versteckter Gewalt gegen die Arbeiter. Die Anwendung solcher Gewalt, ohne gleichzeitige innere Heilung der Mißstände, wäre aber die Tat eines politischen Stumpers und nicht die eines Staatsmannes. Nur der kann auf Erfolg hoffen, der frei von den Einflüssen der Interessenten, den Dingen gerade ins Gesicht blickt und den Bedürfnissen unserer fortschreitenden Entwicklung Rechnung trägt.

Man braucht nicht mit allem einverstanden zu sein, was Professor Brentano hier sagte, um doch anerkennend feststellen zu können, wie er hier die ewig wandelnde Parteilichkeit des Staates und der herrschenden Gewalten zuungunsten der Arbeiter feststellt. Das war so zu Zeiten des Zunftzwanges, das ist in der heutigen Zeit der modernen Entwicklung so, wo man den Arbeitern und ihrer Organisation verbietet und unter hoher Strafe stellt, mit Fußangeln umgibt, was den Unternehmern gestattet ist, straflos bleibt und geduldet wird im Namen der „Ordnung“. Auch Brentano erklärt, daß die Arbeiter praktisch das Koalitionsrecht nicht haben; es präsentiert sich nur als sittlicher Faktor, gestellt auf gegenseitige Treue und das Ehrgefühl der Arbeiter; die für die Polizei nicht maßgebend sind, die die Streikposten verfolgt, während der Unternehmer den gleichen Zweck

Die Hefe und ihr Leben.

II. (Nachdruck verboten.)

Die Gärung erfolgt, wie wir heute wissen, durch die Wirkung gewisser Enzyme, die sich im Leibe der betreffenden Hefezellen befinden. Diese Enzyme stehen den Eiweißstoffen nahe und sind dadurch ausgezeichnet, daß sie komplizierte chemische Verbindungen in einfachere Bestandteile zerlegen. Sie üben also eine Sprengwirkung aus und sind darum den Explosivstoffen verglichen worden. Die Alkoholgärung wird durch die von Buchner dargestellte Zymase hervorgerufen, die wohl das wichtigste Enzym der Hefe ist. Außerdem enthält die Hefe noch andere Enzyme, die Invertase, unter deren Einfluß Rohrzucker unter Wasseraufnahme in seine Bestandteile Traubenzucker und Fruchtzucker zerlegt wird. Ein anderes Enzym, das sich in vielen Heferassen vorfindet, spaltet den Malzzucker unter Wassereintritt in seine Bestandteile, in zwei Moleküle Traubenzucker. Dieses Enzym wird Maltase genannt. Ein anderes Enzym, das ebenfalls aus vielen Heferassen dargestellt wurde, spaltet den Milchzucker in seine Bestandteile. Alle diese Enzyme haben eine Optimaltemperatur ihrer Wirksamkeit und werden durch Ueberschreitung der Temperatur um einen gewissen Grad, der für die einzelnen Enzyme verschieden ist, zerstört.

Wir wenden uns nun zu dem wichtigsten Enzym der Hefe, der alkoholbildenden Zymase, zu, deren Nachweis im Hefepressaft für die Entwicklung der Gärungstheorie und die Erklärung des Gärungsproblems von maßgebender Bedeutung geworden ist. Die spezifische Gärwirkung hatte man schon lange einem besonderen Enzym zugeschrieben, war aber bis zu den Untersuchungen Buchners nicht imstande gewesen, seine Anwesenheit exakt zu beweisen. Wir wollen zum besseren Verständnis kurz auf die Entwicklungsgeschichte der Gärungsprobleme eingehen. Der berühmte Davobisier stellte als erster fest, daß bei der Gärung zuckerhaltiger Lösungen zugleich mit dem Zerwinden des Zuckers Alkohol, Kohlenäure und Essigsäure entstehen, und kurze Zeit danach stellte schon Gay-Lussac die Gärungsgleichung auf; die genau erkennen läßt, wieviel Alkohol und Kohlenäure

aus einer bestimmten Menge Zucker, die vergoren wird, entsteht. Diese Gleichung hat noch heute ihre Gültigkeit und hat nur geringe Aenderungen durch die Arbeiten Pasteurs erfahren. Die Gärungsgleichung Gay-Lussacs ist die chemische Grundlage der Erklärungsversuche geworden. Die beiden erstgenannten Forscher betrachteten lediglich den Sauerstoff als die Ursache des Gärungsprozesses, der Hefe schrieben sie überhaupt keine Bedeutung dafür zu. Sie galt nur als eine bedeutungslose Ausscheidung der Zuckersäure und wurde zunächst nicht weiter beachtet, obwohl schon der berühmte holländische Biologe Leeuwenhoek (1632—1723) die Hefe mikroskopisch untersucht und eine recht zutreffende Beschreibung ihrer Formen gegeben hatte. Er gab sowohl von der Bierhefe wie der Weinhefe Abbildungen, hielt sie aber nicht für belebte Organismen, sondern für eiweißartige Niederschläge, die er mit den konzentrisch geschichteten Stärkekörnchen verglich.

Die biologische Seite der Gärung wurde dann nicht weiter untersucht, bis Caignard de La Cour und Theodor Schwann, der berühmte Entdecker der Zellentheorie, den Nachweis brachten, daß die Hefezellen lebende Organismen darstellten. Schwann sprach die Ansicht aus, daß die Hefezellen den Zucker zu ihrer Ernährung verwenden und die unbrauchbaren Bestandteile in Form des Alkohols und der Kohlenäure ausscheiden. Damit wurde die biologische Auffassung des Gärungsproblems begründet, der sich bald darauf der Altmeister der chemischen Forschung in Deutschland, Justus von Liebig, mit aller Energie entgegenstellte. Liebig wollte in der Gärung keinen biologischen, von der Lebenstätigkeit besonderer Organismen abhängigen Prozeß, sondern einen rein chemisch-physikalischen Vorgang erblicken. Er stellte eine Zersetzungstheorie der biologischen Auffassung entgegen und gab an, daß die mit der Oxydation der Hefe verbundene chemische Bewegung sich auf den Zucker übertrage und seinen Zerfall verursache. Die Hefe spielte nach ihm nur die Rolle einer sich zersetzenden organischen Substanz; ihrer Eigenschaft, sich zu vermehren nach Art lebender Organismen, legte er keinen Wert bei. Gilhart Mitchell und Hermann Selmholtz führten

eine Reihe von Versuchen aus, die bewiesen, daß die alkoholische Gärung nur eintritt, wenn die Hefezellen selbst anwesend sind, konnten aber gegenüber den Argumenten Liebig mit ihren Meinungen nicht durchdringen. Erst dem berühmten Biologen und Gärungsphysiologen Pasteur, der auch durch seine bakteriologischen Forschungen für die Entwicklung der Heilkunde bahnbrechend gewirkt hat, gelang es, Liebig's Zersetzungstheorie und Auffassung, daß die Gärung ganz ohne Beteiligung lebender Organismen vor sich gehe, umzustößen und dem Satz: „Ohne Organismen keine Gärung“ allgemeine Anerkennung zu verschaffen. Wie wir im Nachfolgenden noch sehen werden, hat er hinsichtlich der biologischen Verhältnisse der Alkoholgärung recht behalten. Die Ursache der Gärung sind die Hefepilze insofern, als in ihrem Leibe das die Gärung auslösende Enzym gebildet wird. Dieses Enzym, die Buchnersche Zymase, vermag aber auch für sich allein die Gärung einer Zuckerslösung hervorzu bringen, so daß der ganze Vorgang doch als ein chemischer aufgefaßt werden muß, wenn auch in ganz anderer Weise, als Liebig es getan hat. Durch muster-gültige, über lange Jahre fortgesetzte Versuche bewies Pasteur, daß die Gärung immer mit der Entwicklung lebender Organismen einhergeht, daß ganz ähnliche niedere Lebewesen, wie sie in der Hefe vorhanden sind, auch in der Luft zu finden sind. Auf Grund dessen formulierte er im Jahre 1876 seine berühmte Gärungstheorie dahin, daß die lebenden Hefezellen, wenn sie in einer Zuckerslösung gezwungen sind, abgeperrt von der Luft zu leben, als Gärungserreger wirken. Die Hefezellen sind nach Pasteur dann gezwungen, den für ihre Entwicklung nötigen Sauerstoff dem Zucker zu entnehmen, und spalten ihn deshalb. Einen geringen Teil verbrauchen sie für sich, während der übrige Teil des Sauerstoffes und Kohlenstoffes aus dem Zucker zu neuen Verbindungen, nämlich den Gärungsprodukten Alkohol und Kohlenäure, zusammengesetzt wird. Wenn der französische Forscher auch den biologischen Charakter der Hefezellen sicherstellte, so erwies sich seine Ansicht, daß die Gärung nur bei Abschluß von Sauerstoff erfolgte, weil die Hefezellen dann gezwungen seien, ihren Sauerstoffbedarf dem Gärmaterial, also dem Zucker, zu ent-

jederzeit durch andere Mittel erreichen kann. Diese gegenseitige Treue wird im bürgerlichen Leben für selbstverständlich gehalten, wer sie bricht, den darf man tadeln. Für die Arbeiter erkennt man das nicht an; schon der wird bestraft, der mit einem Streikbrecher nicht Karten spielen will. Treffend kennzeichnet Brentano auch die Geuchler, die immer vom „Schutz der nationalen Arbeit“ reden, von der „Freiheit der Arbeiter“ und zum Schutz der nationalen Arbeit und der Freiheit der Arbeiter Zwangsgesetze gegen die Arbeiter verlangen, sich aber gegen Konventionalstrafe verpflichten, keinen höheren Lohn zu zahlen und zur Unterbietung und Unterdrückung der nationalen Arbeiter Kulis importieren.

Nur das ist ein Trugschluß Brentanos, daß durch die Rechtsverbindlichkeit der im kollektiven Arbeitsvertrag festgesetzten Bedingungen für alle im Gewerbe Tätigen das ganze Problem der Arbeitswilligen gelöst ist; denn von diesem Augenblick an wird es keine Person mehr geben, die man als Streikbrecher verwenden kann. Das stimmt weder allgemein noch für das Gewerbe schlechthin. Solche Personen wird es nur dann nicht mehr geben, wenn der Staat oder die staatliche Gemeinschaft das Recht auf Arbeit und auf menschenwürdige Existenz aller Glieder des Staates anerkennt und betätigt. Brentano scheint wohl auch nur die Möglichkeit des Streikbruchs im Auge zu haben, die allerdings in dem Gewerbe fortfallen könnte, welches rechtsverbindliche Arbeitsverträge hätte, und für die Zeit, wo diese Arbeitsverträge in Geltung wären, vorausgesetzt, daß die Arbeiter nicht in der Abwehr zum Kampf greifen müßten gegen Angriffe oder Zumutungen der Unternehmer, die außerhalb des Bereichs des rechtsverbindlichen kollektiven Arbeitsvertrages liegen könnten. Aber ein kollektiver Arbeitsvertrag, selbst wenn er rechtsverbindlich wäre, müßte doch erst geschaffen werden; und wenn er besteht, könnte er nicht für alle Ewigkeit gelten; er müßte erneuert und den veränderten Verhältnissen angepaßt werden. Und wenn man bei Schaffung oder Erneuerung eines solchen kollektiven Arbeitsvertrages nicht von Staats oder Gesetzes wegen den Vertrag derart festsetzen wollte, daß den veränderten Verhältnissen und den Bedürfnissen der Arbeiter Rechnung getragen würde, sondern man es den Arbeitern überlasse, ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen, so wäre in jedem Fall die Möglichkeit eines Kampfes und folglich auch des Streikbruchs gegeben, von Arbeitern innerhalb, mehr allerdings von Arbeitern außerhalb des Gewerbes, weil unsere staatliche und wirtschaftliche „Ordnung“ stets für Ueberfluß an Arbeitskräften sorgt. Das „ewige Problem der Arbeitswilligen“ würde also erst gelöst, wenn der Staat oder die herrschenden Gewalten nach dem A nicht nur B, sondern auch C sagten und allen Gliedern des Staats die Existenzmöglichkeit garantierten.

Bis dahin aber müssen die Arbeiter Freiheit haben, um die Aufgaben zu erfüllen, die gleicherweise in ihrem wie im Interesse der Gesamtheit liegen, und

nehmen, bald als unrichtig. Karl Mägel ist dieser Ansicht Pasteurs entgegengetreten und hat sogar bewiesen, daß Zutritt von Sauerstoff der Alkoholgärung in einer Zuckerslösung unter gewissen Umständen eher günstig als schädlich ist.

Wir sehen also einen dauernden Streit um die Erklärung der Gärungsvorgänge, in den die berühmtesten Namen der biologischen und chemischen Wissenschaften verwickelt sind. Fortdauernd werden neue Probleme gestellt, neue Versuche zur Entkräftung alter Ansichten gemacht, und noch immer hat sich das Rätsel nicht gelöst. Von diesen zahlreichen Experimenten haben aber die einzelnen Wissenschaften großen Nutzen gehabt; gerade durch die Irrtümer, deren Bekämpfung immer eine lange Diskussion der beteiligten Kreise hervorgerufen hat, ist schließlich die Wahrheit entdeckt worden.

Die Ursachen der Gärung waren noch unerklärt. Einzelne glaubten, daß die Gesezellen den Zucker als Nahrungstoff vorwiegend gebrauchen, ihn assimilieren und dabei Alkohol und Kohlenäure als Stoffwechselprodukte ausscheiden. Auch diese schon von Schwann aufgestellte Hypothese erwies sich als falsch. Die Gärungsvorgänge haben mit der Ernährung der Gesezellen nichts zu tun; das geht schon daraus hervor, daß, wie die Gärungsgleichung zum Ausdruck bringt, fast die gesamte Zuckermenge vergoren wird, nur ein minimaler Teil, etwa ein Prozent, den Gesezellen selbst als Nahrung zugute kommt. Der Botaniker Wfeffer hat ermittelt, daß andere Pilze, z. B. die Schimmelpilze *Penicillium glaucum*, *Aspergillus niger*, aus einer Traubenzuckerslösung 33 bis 43 Teile assimilieren, d. h. zum Aufbau ihrer eigenen Körpersubstanz verwenden; es ist darum ausgeschlossen, daß die Gesepilze eine so viel geringere Menge dazu verwenden würden. Auch können Gärungserreger sehr leicht ihre Gärfähigkeit verlieren, ohne an ihrem Fortpflanzungsvermögen Einbuße zu erleiden. Dies müßte aber der Fall sein, wenn die Gärung mit dem Ernährungsvorgang der Gesezellen parallel ginge; wenn die Gärung leidet, müßte dann auch ihre Lebensfähigkeit leiden. Man konnte also auf diese Weise die Gärung nicht erklären.

was Aufgabe des Staates ist: Sie müssen unbeschränkte Koalitionsfreiheit haben, damit sie ihre Organisationen so ausbauen können, daß sie in der Lage sind, die Arbeitszeit auf den Grad herunterzudrücken, daß niemand mehr von der Arbeit ausgeschlossen werden braucht und alle dauernd daran teil haben. Dann ist auch das „ewige Problem der Arbeitswilligen“ kein Problem mehr. Früher und ohnedem wird es nicht gelöst.

Zu dieser unbeschränkten Koalitionsfreiheit gehört aber auch, daß die „Arbeitswilligen“ über das Verwerfliche ihres Luns aufgeklärt werden können, nicht daß dieses als Staatsverbrechen angesehen und geahndet wird und der „Arbeitswillige“ zur Unterdrückung der Arbeiterforderungen über das Staatsoberhaupt gestellt wird. Kann man dieses Verlangen vom Ausbeuterstandpunkt aus verstehen, so sollte man es bei Arbeitern nicht vermuten. Und doch gibt es solche. Auch in dieser Brentano-Versammlung sprach in der Diskussion ein sogenannter „christlich“ Organisierter, der erklärte: man müsse dem Ruf nach vermehrtem Arbeitswilligenschutze, dem besonders die Industriellen verlangen, ein gewisses Recht einräumen, und der Terrorismus der freien Gewerkschaften müsse bekämpft werden. Dem Standpunkt Vertreter der sogenannten „christlichen“ Organisationen immer mehr, so auch jetzt der christliche Bergarbeiterverband in dem gegenwärtigen großen Kampf der Bergarbeiter, voraus man zu schlußfolgern gezwungen ist, daß man dort den Kampf um bessere Verhältnisse aufgeben will und die „Arbeitswilligkeit“ zur Niederhaltung der Arbeiterforderungen zum Prinzip erhebt. Also ein neues „Problem der Arbeitswilligen“.

Aus dem Reichstage.

Das neugewählte Reichsparlament bot der Welt in den ersten vier Wochen seiner Tätigkeit ein Schauspiel, das an jenen auf dem Dach sitzenden Greis erinnert, der sich nicht zu helfen weiß. Gleich bei der

Präsidentenwahl

trat der Mangel einer geschlossenen Mehrheit deutlich in die Erscheinung. Die schwarz-blauen Parteien haben die Mehrheit, die sie im alten Reichstag hatten, bei den Wahlen eingebüßt, die Parteien der Linken aber haben eine geschlossene, zuverlässige Mehrheit nicht erreicht. Die Nationalliberalen, ohne die eine Linksmehrheit nicht gebildet werden kann, haben Elemente mit den verschiedenartigsten Interessen und Anschauungen in ihren Reihen. Ihr rechter Flügel, hinter dem die Großindustriellen stehen, sträubt sich mit Händen und Füßen gegen ein Zusammengehen mit der Arbeiterpartei, während der linke Flügel mit den schwarz-blauen Parteien nichts zu tun haben möchte. Diese inneren Gegensätze bei der Partei, die zwischen rechts und links den Ausschlag zu geben hat, bewirkten, daß weder ein Präsidium der Rechten noch ein solches der Linken zustande kam. Das Streben der Rechten lief darauf hinaus, unter allen Umständen die stärkste Partei Deutschlands, die Partei der Arbeiterklasse von der Geschäftsführung des Reichstags auszuschließen. Es gelang aber nicht; der Abgeordnete Scheidemann wurde als erster Vizepräsident gewählt und blieb bis zur zweiten, endgültigen Wahl, die vier Wochen nach der provisorischen ersten Wahl stattfand, auf seinem Posten. Auch die Amtsniederlegung des zum ersten Präsidenten gewählten Zentrumsführers Spahn und des zum zweiten Vizepräsidenten gewählten nationalliberalen Dr. Baasche vermochte den Vertreter der Arbeiterpartei nicht aus dem Präsidium zu entfernen. Zwei Fortschrittler füllten die entstandenen Lücken aus. Man sah nun das Präsidium Raempf—Scheidemann—Dobe als einen Notbehelf für die ersten 4 Wochen an. Bei der endgültigen Wahl, die am 8. März stattfand, ist es mit vieler Mühe und den gewagtesten Winkelzügen der Zentrumsführer gelungen, die Arbeiterpartei aus dem Präsidium zu verdrängen. Die Fortschrittler zwar blieben aufrecht und erkannten den Anspruch der Arbeiterpartei auf einen Sitz im Präsidium an, von den 20 Nationalliberalen aber, die bei der ersten Wahl Scheidemann zum Siege verholfen hatten, gab kein einziger mehr einen Zettel für Scheidemann ab. So kam ein Präsidium Raempf—Baasche—Dobe zustande, das die Rechte, die selbst eine Vertretung nicht erlangen konnte, bilden half. Viel Vergnügen werden die blau-schwarzen Herrschaften nicht daran finden, daß die Geschäfte des Reichstages von zwei Fortschrittler und einem Nationalliberalen geleitet werden, aber es handelte sich für sie darum, den dringenden Wunsch des Reichskanzlers Bethmann Hollweg auf Entfernung des Sozialdemokraten aus dem Präsidium zu erfüllen und auf anderem Wege war das nicht zu erreichen.

Die deutsche Arbeiterschaft wird es sich merken, daß die bürgerlichen Parteien mit Ausnahme des Fortschritts keine höhere Aufgabe kennen, als den 4¼ Millionen Wählern, die der Sozialdemokratie ihr Vertrauen geschenkt haben, ihre Mißachtung zu zeigen. Die Feinde der Arbeiterschaft suchen ihre Haltung zu beschönigen mit dem Hinweis darauf, daß die Sozialdemokratie dem Kaiser nicht ihre Auf-

wartung machen wolle. Das sind natürlich nur leere Ausflüchte, die man ihnen übrigens hätte unmöglich machen können durch die Vereiterklärung des sozialdemokratischen Vizepräsidenten, an der Vorstellung beim Kaiser teilzunehmen. Von der Masse der Arbeiterwähler würde es nicht als eine Unterwerfung und Prinzipienverleugnung, sondern als ein Triumph empfunden werden, wenn einer ihrer Vertreter dem Kaiser als Repräsentant des Reichstags Aug' in Auge gegenübergetreten wäre. Wahrscheinlich würde die bürgerliche Mehrheit auch dann, wenn die Sozialdemokratie ihren Vertreter zur Beteiligung an der Vorstellung beim Kaiser ermächtigt hätte, keinen Arbeitervertreter im Präsidium geduldet haben, aber dann wäre der arbeitereindliche Zug noch schärfer zum Ausdruck gekommen und die Bemäntelung mittels der höflichen Formalitäten wäre weggefallen.

Greifbare praktische Ergebnisse hat die bisherige Tätigkeit des Reichstags fast noch nicht gezeitigt. Mit zwei großen

Statsdebatten

wurden mehr als zwei Wochen hindurch die Sitzungen ausgefüllt. Die zweite dieser Debatten, die den Etat des Innern, also vor allem die Zoll- und Sanktions- und die Sozialpolitik, betraf, wird uns in späteren Abhandlungen noch beschäftigen; die erste dagegen, die sich auf den Staatshaushalt im ganzen und auf die allgemeine Reichspolitik bezog, soll hier kurz gewürdigt werden. Die Rede, mit welcher der sozialdemokratische Abg. Dr. Frank den Reigen eröffnete, war nach Form und Inhalt eine Musterleistung. Er befandete in knappen Sätzen den festen Willen der ins Haus eingetretenen 110 Sozialdemokraten zur praktischen Reformarbeit, und entwickelte dann ein Aktionsprogramm, das nichts Uebertriebenes, nichts Unmögliches enthält. Eine der ersten Aufgaben des Reichstags müsse die Verwirklichung des gleichen Wahlsystems sein, von dem wir uns durch die ungleiche Größe der Wahlkreise immer weiter entfernen. Als das gerechteste Wahlsystem empfahl Frank die Verhältniswahl. In enger Verbindung damit steht die Erweiterung der Rechte des Reichstags gegenüber der Regierung und die Reform seiner eigenen Geschäftsordnung. An sozialpolitischen Aufgaben nannte Frank die dringlichsten die sofortige Herabsetzung der Altersgrenze für Gewährung der Altersrente auf 65 Lebensjahre, die Schaffung von Wohnräumen für die Heimarbeiter, die Wiederherstellung der vollen Selbstverwaltung bei den Krankenkassen. Es folgten zahlreiche weitere scharf und klar präzisierte Forderungen zugunsten der Arbeiter, die gelegentlich hier näher besprochen werden sollen. Zugunsten liberaler Reformen sprachen sich auch die fortschrittlichen Redner aus, wenn sie auch in vielen Punkten hinter den von der Sozialdemokratie aufgestellten Gegenwartszielen zurückblieben. Sogar der Nationalliberale Junck nahm einen kleinen Anlauf zu praktischer Politik im demokratischen Sinne, die Tonart des zweiten nationalliberalen Redners Paasche war aber schon wieder eine wesentlich andere. Possierlich ist die Angst, die das Zentrum vor den neuen Steuern hat, ohne die eine Deckung der Kosten der angekündigten neuen Müstungsvorlagen aber nicht möglich ist. Die vom schwarz-blauen Block vor 2½ Jahren abgelehnte Erbschaftsteuer wollen Konservative und Zentrum auch jetzt, nachdem sie von den Wählern ihre Krügel bekommen haben, noch nicht schlucken, ihre Wiedereinbringung würde das Zentrum, so erklärte sein Redner, als eine Brückierung betrachten. Steuern auf den Massenkonsum jetzt schon wieder zu bewilligen, ist ihnen aber erst recht bedenklich, nach den gemachten Erfahrungen. Der Zentrumsredner Speck möchte sich daher durch Schuldenmachen helfen. Der Schatzsekretär Wermuth aber lehnt derartige Finanzkünste, die ihm früher schlecht bekommen sind, ab. Die Konservativen schickten einen ihrer dreifachen Worthelden, den ehemaligen Polizeipräsidenten Graf Westarp vor, der über den Terrorismus der Arbeiterschaft wettete und verschärfte Strafbestimmungen gegen die „Streikfreiheit“ forderte, im übrigen natürlich jeder freiheitlichen Reform den Weg zu versperren versuchte.

In diesem Sinne bemühte sich auch der Reichskanzler Bethmann Hollweg, der aus den Wahlen nichts gelernt hat. Auch jetzt noch sieht er es als seine Hauptaufgabe an, in kleinlicher kurzfristiger Weise den Kampf gegen die Sozialdemokratie zu führen, statt den großen Problemen unserer Zeit nachzugehen und dem schaffenden Volke Brot, Licht und Freiheit zu verschaffen. Der erstrebte Ausbau der Reichsverfassung sei ein Schritt zur Parlamentsherrschaft und den mache er nicht mit, erklärte dieser „große“ Staatsmann. Was in England, Frankreich und allen modernen Ländern längst durchgeführt ist, davor bekreuzigt sich heute in Deutschland noch des Reiches Kanzler! Die Sozialdemokraten Ledebour und insbesondere Dr. David hielten dem Kanzler den Spiegel seiner gedankenarmen Politik mit einer Rücksichtslosigkeit vor, die nichts zu wünschen übrig ließ. Davids Rede, die zugleich all die unsinnigen landläufigen Vorwürfe gegen die Arbeiterpartei geistreich zerpflückte, bildete den glänzenden Schluß der großen Debatte.

Es entspricht sicher nur den Erwartungen der armen breiten Schichten des Volkes, wenn sich an die Etatsdebatte sofort eine Debatte über die Lebensmittelsteuerung anschließt.

die Lebensmittelsteuerung

Am 15. Februar hätte nach dem Zolltarif von 1902 der Kartoffelzoll, den damals nicht einmal die Regierung gefordert hatte, der ihr viel mehr von den Agrariern aufgedrängt worden war, wieder in Kraft treten müssen. Die Fortschrittler forderten nun in einer Interpellation die Suspendierung (vorübergehende Aufhebung), die Sozialdemokraten die völlige Aufhebung des Kartoffelzolls.

Zur Extrabesteuerung der Konsumvereine in Preußen.

Den preußischen Konsumvereinen droht ein neues Steuerrecht. Auf Antrag der Konservativen hat die Regierung in den Entwurf eines neuen Einkommensteuergesetzes eine Bestimmung aufgenommen, wonach auch der von den Konsumvereinen an ihre Mitglieder gezahlte, im voraus bestimmte feste Rabatt zum Einkommen gerechnet und als solches versteuert werden sollte.

Was hat es mit diesem festen Rabatt für eine Bewandnis? Seine Einführung durch die Konsumvereine bedeutete bereits einen Protest gegen eine ungerechte steuerliche Behandlung, den Versuch, sich ihr zu entziehen. Die Konsumvereine gehören bekanntlich zu den Wirtschaftsgenossenschaften. Ihre Tätigkeit hat nicht eine Erhöhung des Einkommens ihrer Mitglieder, sondern eine bessere Verwendung dieses bereits anderweitig erworbenen Einkommens zum Ziel.

Der grundlegende Charakter des Reingewinnes des Händlers und des von den Konsumvereinen erzielten Ueberschusses wird uns durch eine kleine Uebersetzung klar. Der Reingewinn des Händlers ist um so größer, je größer die Differenz zwischen seinen Einkaufs- und Verkaufspreisen, und schwindet mit dieser. Der Nutzen, den der Konsumverein seinen Mitgliedern gewährt, ist völlig unabhängig von dieser Differenz.

In richtiger Erkenntnis dieses Charakters der Konsumgenossenschaftlichen Tätigkeit und der hierbei erzielten Gewinne sprach denn auch die ursprüngliche Gesetzgebung in Preußen die Konsumvereine sowohl von der Errichtung einer Gewerbe-, als auch einer Einkommensteuer frei, solange ihr Geschäftsbetrieb nicht über den Kreis ihrer Mit-

glieder hinausgeht bzw. sie keinem „offenen Laden“ führen. Dieser Begriff des „offenen Ladens“ wurde allerdings schon immer von den Steuerbehörden in recht scharfer Weise gegen die Konsumvereine dahin ausgelegt, daß ein solcher auch dann vorhanden sei, wenn der Verein statutengemäß nur an seine Mitglieder verkaufe, wenn aber kein physisches Hindernis Unbefugten den Eintritt in den Laden verwehre.

Nachdem auf diese Weise bereits die meisten Konsumgenossenschaften in Preußen praktisch der Gewerbe- und Einkommensteuer unterworfen waren, wurde dieser Zustand in bezug auf die letztere auch ein „gesetzlicher“ durch die 1906 erlassene Novelle zur Einkommensteuer, in der zwar alle anderen Genossenschaften, die nur mit ihren Mitgliedern verkehrten, von der Einkommensteuer befreit wurden, die Konsumvereine aber ausdrücklich von dieser Vergünstigung ausgenommen wurden.

Aber unseren Mittelstandsfreunden war hiermit sowie mit der besonders gehässigen Anwendung der Warenhaussteuer auf die Konsumvereine noch kein Genüge gewesen. Einige Konsumvereine hatten nämlich die „Freiheit“, sich jener ungerechten Belastung wenigstens teilweise dadurch zu entziehen, daß sie ihren Mitgliedern den — einlagbaren — Anspruch auf einen im voraus festgesetzten Rabatt gewährten. Ein solcher fester Rabatt war bisher immer steuerfrei geblieben.

Die Konservativen, die ja die Mittelstandskretzelei als besonderen Sport treiben, ließen daher durch ihren Abgeordneten Hammer im preußischen Landtag einen Antrag einbringen, der von der Regierung die Besteuerung des festen Rabattes der Konsumvereine im neuen Einkommensteuergesetz verlangte. Nachdem der Antrag, gegen den sich nur die sozialdemokratischen Abgeordneten wandten, in der Handels- und Gewerbekommission mit allen gegen 6 Stimmen angenommen worden war, wurde er denn auch, wie schon eingangs erwähnt, von der Regierung in ihren Entwurf aufgenommen.

Selbstverständlich haben sich die Konsumvereine bereits zur Abwehr gerüstet. Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ bringt einige Artikel, die gute Waffen liefern. In dem einen wird ein Vergleich zwischen der seitigeren Steuerleistung der Konsumvereine und der anderen Genossenschaften in Preußen gezogen. Es zählten demnach im Jahre 1909 880 Konsumvereine in Preußen 398 800 Mk. Einkommensteuer, dagegen 883 andere Genossenschaften, vorwiegend Kreditvereine, nur 262 800 Mk., während 14 800, meist landwirtschaftliche Vereine, überhaupt vollkommen steuerfrei blieben.

Aber auch der Behauptung, daß dem Staat immerhin erhebliche Steuersummen durch die Konsumvereine verzioren gehen, die von Kleinhandlern sonst mehr gezahlt würden, rüdt die „R. N.“ durch eine sehr interessante Berechnung zu Leibe. Der Zentralverband hat an eine Anzahl Vereine Anfragen über die Höhe der von ihnen im einzelnen gezahlten Steuern sowie über das Einkommen ihrer Angestellten gerichtet, um aus diesem die von letzteren ungefähr gezahlte Steuersumme zu errechnen. Diese beiden Posten bilden die Einnahme des Staates aus dem Bestehen der Konsumvereine. Demgegenüber wurde berechnet, welche Steuersumme ihm zugeflossen wäre, wenn der Umsatz der Konsumvereine durch eine entsprechende Zahl von Kleinhandlern bewältigt worden wäre.

Gändler dagegen nur 175 792 Mk. Also auch hier wurde nahezu die doppelte Summe vom Konsumverein und seinen Angestellten aufgebracht.

Mit nichts, aber auch rein gar nichts, läßt sich also das neuerliche Attentat der preussischen Regierung auf die Konsumvereine rechtfertigen, das in einem so trassen Gegensatz steht zu der liebevollen Behandlung, die dieselbe Regierung den gewerblichen und vor allem den landwirtschaftlichen Genossenschaften zuteil werden läßt. Wenn schon einmal Mittelstandspolitik getrieben werden soll, dann müßten diese Genossenschaften zu allererst daran glauben. Während der Umsatz der preussischen Konsumvereine des Zentralverbandes im Jahre 1910 auf 122 354 768 Mk. betrug, erzielten die preussischen Genossenschaften des Reichsverbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften im gemeinsamen Warenbezug 264 177 812 Mk. und im Warenabsatz 338 421 223 Mk., was also einem Gesamtverkehr von 602 599 035 Mk. entspricht. Wieviel Tausende von Mittelstandszöglingen: Kleinen Krämer, Maschinen-, Samen- und Düngemittelhändlern, sodann von Getreide-, Eier-, Vieh-, Geflügel-, Weinhandlern, von Müllern, Molkereibesitzern, Stärke- und Zuckerfabrikanten werden durch diese Tätigkeit ruiniert. Aber da hört das mittelstandsfreundliche Herz unserer Regierung auf einmal auf, zu schlagen. Wo es sich dagegen darum handelt, amfälligen Proletarierfamilien ihre in den jetzigen Zeiten der Teuerung doppelt notwendigen Ersparnisse, die ihnen der Konsumverein ermöglicht, zu einem erheblichen Teile wieder zu entreißen, da findet man sie als gehorsame Dienerin jener Konservativen, die die Geschmacklosigkeit hatten, zu ihrem Antragsteller ausgerechnet einen Herrn zu wählen, der selbst Vorsitzender im Verbande der gewerblichen Genossenschaften ist und für diese nicht nur Steuerfreiheit, sondern auch noch möglichst direkte Förderung durch die Regierung verlangt.

Bewegung im Berufe.

Zuzug ist fernzuhalten nach folgenden

Brauereien:

Union-Brauerei, Landshut, Schloßbrauerei Jettigen (Schwaben), Brauerei Meindl, Wallersdorf N. B., Brauerei Emslander, Weihenstephan b. Landshut, Brauerei Weinzierl und Pollingerbräu in Pfaffenhausen (N. B.); Adlerbrauerei, Balingen.

Malzfabriken:

Malzfabrik Schoeffler & Co., Ludwigshafen, Malzfabrik Glöckner, Pfungstadt.

Mühlen:

Steinmühle Wiesbaden; Grünmühle G. & F. Brüggel, Lübeck.

Andere Betriebe:

Mühlsteinwerke Goldammer, Berlin-Lichtenberg.

Lohnbewegungen. — Tarifverträge. — Differenzen.

Brauereien.

Ubenberg. Streik. In der Brauerei Meyer hatten die Kollegen wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. Durch Unterhandlung der Verbandsvertretung wurde die Differenz geschlichtet und dabei eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde pro Tag erreicht. Am nächsten Tag wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Balingen. Ein Gewaltritt. Brauereibesitzer Jetter (Adlerbrauerei) hat sämtliche Verbandskollegen ausgesperrt, weil sie die Einführung eines Tarifvertrages anstrebten. Eine Verhandlung lehnte Herr Jetter glatt ab. Diese Haltung scheint uns schlecht übereinzustimmen damit, daß die Kollegen sich mit billigen Abschlagszahlungen begnügen müssen. Um die vakanten Stellen zu besetzen, wurden Brauer bei hohem Lohn, guter Verpflegung usw. gesucht. Die Kollegen, welche darauf reagierten, wurden sofort gewahrt, daß sie hereingefallen sind, und haben diesem Eldorado wieder Valet gesagt. Unsere Kollegen werden gut tun, zukünftig diesen Vertrieß zu meiden. Das dicke Ende wird erst nachkommen. Die Arbeiterschaft findet schon Mittel und Wege, diesem Herrn begreiflich zu machen, daß die Zeiten vorüber sind, wo die Arbeiter auf ihr Koalitionsrecht Verzicht leisteten.

Wellheim (Pfalz). In der „Bundeszeitung“ Nr. 10 erschien von Siegert ein Bericht über die Bewegung in der Brauerei Silbernagel, worin der von uns mit der Brauerei abgeschlossene Tarifvertrag als ein Erfolg des „Bundes“, „als christlich arbeitende Organisation“, hinzustellen beliebt wird. Wie im Vorjahr, so hat auch bei dieser Gelegenheit der „Bund“ nicht das Geringste bei der Brauerei Silbernagel erreicht. Die Brauerei hat voriges Jahr, als der „Bund“ einen Tarif einreichte, einen Ufas im Betrieb anschlagen lassen, das derjenige entlassen ist, der verlangt, daß die Brauerei mit Siegert unterhandeln soll. Dagegen hätte der „Bund“ energisch Verwahrung einlegen müssen. Siegert schlich sich aber von dannen, wie er gekommen war. Die Ohnmacht des „Bundes“ war damit bewiesen. Die Brauerei Silbernagel hat es auch diesmal wieder offen ausgesprochen, daß der „Bund“ einfach das unter schreiben muß, was man ihm vorlegt. Und das hat Siegert auch getan. Um dies zu erreichen, wäre es nicht notwendig gewesen, sich den „Christlichen“ an den Hals zu werfen. Aber alte Liebe rostet nicht. Wir haben die Bundesgenossen ausdrücklich gefragt, ob sie sich an der Lohnbewegung beteiligen. Sie haben es abgelehnt. Daß wir bereit waren, zusammen zu arbeiten, zeigt doch der Umstand, daß der Vertrauensmann des „Bundes“ bei der Aufnahme von Mitgliedern in den Verband mit tätig und uns bei der Agitation behilflich war. Das braucht natürlich ein Siegert nicht zu wissen. Dafür macht er sich die christlichen Verleumdungen zu eigen, daß Hilz als verkappter Harun al Raschid in Wellheim aufgetreten sei und sich als ein „christlicher“ Vertreter ausgegeben habe. Dafür wird er den Beweis zu liefern haben. Es steht also fest, daß der „Bund“ ein Zusammengehen mit uns ablehnte, dafür aber sich sofort für seine alte Freiburger Liebe mit Feuer und Flamme erwärmte. Siegert weiß auch zu berichten, daß

33 Mann den Christlichen beigetreten waren, von denen einige Tage vorher unter Mithilfe des Bundesvertrauensmannes 28 Mann dem Verband beigetreten waren.

Tatsache ist, daß der „Bund“ erst aufwachte, als in Aussicht stand, daß es zum Schluß wieder etwas zum Unterscheiden gibt, womit man sich in der Öffentlichkeit brüsten kann.

Seine Lehren kann daher Siegert sich einfallen lassen, solange er nicht in der Lage ist, diesen Vorwurf einzuwenden zu widerlegen. Die Wellheimer haben erkannt, daß der „Bund“ mit seinem „christlichen Anhang“ war bereit, die Mälzer und Geizer wegen einer Lohnzulage von 50 Pf. pro Woche den ganzen Sonntag an den Unternehmer zu verkaufen.

Die Nähe des Osterfestes veranlaßte die Ortsverwaltung wieder, zu der Frage Stellung zu nehmen, ob die im alten Brauertarif enthaltene Bestimmung, wonach der Brauer an den Tagen vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten die Stunde vor dem üblichen Schichtende als Hebearbeit zu bezahlen ist, unter der Herrschaft des neuen Tarifes für die gesamte Gruppe der Brauer Geltung hat oder nur für die nach dem Abschluß des Tarifvertrages, dem 12. Mai 1910, Eingestellten.

Indem wir dies zur Kenntnis unserer Mitglieder bringen, werden die Vertrauensmänner derjenigen Brauerien, in denen über die vorstehende Frage noch nicht volle Klarheit geschaffen ist, dringend ersucht, sofort der Ortsverwaltung Meldung zu machen.

Holzheim. Die Leitung der Genossenschaftsbrauerei hat zugunsten der Arbeiter mit dem Tarifkontrahenten verschiedene Abänderungen des Tarifvertrages vorgenommen. Das übliche Freibier wird pro Liter mit 17 Pf. vergütet, und können die Arbeiter ihr zustehendes Quantum vor der Brauerei pro Liter wieder um 15 Pf. kaufen.

Malzfabriken.

Hof. Tarifvertrag. Mit der Malzfabrik Hof, Inhaber G. H. Pfeiffer, Hof, wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen, der den beschäftigten Arbeitern täglich 1 Stunde Arbeitszeitverkürzung, eine sofortige Lohnerhöhung von 1,50 bis 2 Mk. pro Woche mit einer Steigerung bis 5,50 Mk. während der Tarifdauer brachte.

München. Tarifvertrag. Mit der Malzfabrik Stern u. Sabot wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen und wurden hierbei folgende Verbesserungen erzielt: Arbeitszeitverkürzung 1/4 Stunde pro Tag; Lohnerhöhung von 2,50 Mk. pro Woche; Bezahlung der Ueberstunden mit 70 Pf. Sonntags mit 80 Pf. pro Stunde; bei militärischen Übungen pro Tag 1 Mk. bis zu 30 Tagen; bei Krankheit für 12 Tage Zuschuß zum Krankengeld bis zu 1/4 des Lohnes bei Verheirateten, bis zu 1/2 bei Ledigen.

Brennereien und Geseffabriken.

Hamm. Tarifvertrag. Wie wir bereits in der letzten Nummer der Zeitung berichteten, ist mit der Brennerei Aug. Meßbe ein Tarifvertrag abgeschlossen worden. Die große Mehrzahl der Kollegen hat endlich einmal eingesehen, in welcher Organisation für sie Vorteile errungen werden.

Nun sind die Unterschriften getätigt und die Kollegen haben bereits in harter Münze gesehen, was durch den Verband bezweckt werden kann, denn Verbesserungen von 2 Mk. bis 5,20 Mk. sind sicher ein schöner Erfolg.

Es sind dies nicht zu unterschätzende Vorteile, mögen sich die Kollegen dessen würdig zeigen und treu zur Organisation halten, die diese Vorteile geschaffen, denn nur unsere Organisation hat Anspruch darauf, den Tarif geschaffen zu haben, was auch die in den anderen Organisationen organisierten Kollegen anerkennen.

Mögen aber auch die Kollegen in den Mühlenbetrieben es sich zur Noth nehmen und sich unserem Verband anschließen, denn in der christlichen Organisation ist nicht ihr Heil. Sollte das Beispiel von Meßbe auch dort nachgehakt werden, dann können sie noch lange warten bis etwas geschaffen wird; organisieren sich die Kollegen bei uns, dann wird die Ernte auch früher eintreten.

Mürnberg. Tarifvertrag. Mit der Vertriebsstelle des Verbandes deutscher Brezhefabrikanten ist ein Tarif abgeschlossen worden. Erreicht wurde eine Arbeitszeitverkürzung um 1/2 Stunde pro Tag, Lohnerhöhung von 2 Mk. und 3,50 Mk. pro Woche, Entschädigung bei militärischen Übungen von 1,50 bzw. 2,00 Mk. auf 14 Tage und bei Krankheit auf 12 Tage die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld.

Mühlen.

Afen. Im Herbst gelang es den Arbeitern der Dampfgraupehmühle von Taenßler u. Co. in Afen, durch einen Streik eine kleine Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen. Seit kurzem bemüht sich die Firma nun lebhaft, die organisierten Arbeiter aus ihrem Betriebe zu entfernen.

Lübeck. Beendeter Streik. Nach zehnwöchiger Dauer ist der Streik bei der Firma Brüggemann mit annehmbarem Erfolge beigelegt, und zwar unter folgenden Bedingungen: Der Wochenlohn wird auf 27 und 25 Mk. festgesetzt unter Wegfall der Gratifikationen, die Sparfassenbücher werden zur festgesetzten Zeit ausgeliefert.

Korrespondenzen.

Abensberg. In einer am 25. Februar stattgefundenen Versammlung, wo auch andere Gewerkschaftsgruppen zugegen waren, sprach Gauleiter Schrems über Zweck und Ziele der Organisation. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Die Kollegen und Genossen in Abensberg werden nicht erlahmen in dem Ausbau der Organisation, und wenn sie auch manche harte und schwere Arbeit zu machen haben, es kommt für sie auch die Zeit, wo sie sich ihrer Arbeit freuen können.

Abersbach bei Wilshofen. In der dortigen Schloßbrauerei, Herrn Baron Drentin gehörend, geht es immer freudiger zu. Der Braumeister und der dortige Dorfpfarrer haben es schon voriges Jahr fertig gebracht, einen katholischen Gesellenverein zu gründen, um den vermalteiten Verband auf ewig zu verschneiden; und so haben sich die Herren recht wohl gefühlt, um so mehr, weil der Besitzer nicht mehr zu befürchten braucht, daß irgendjemand etwas verlangt.

Burglengenfeld. In der Brauerei zur Post hat ein Brauer einem Gastwirt ein Faß Bier „spendiert“, das sie zusammen austranken. Der Wirt sah diesmal von weiteren Schritten ab; wir warnen jedoch die Kollegen vor solchen Handlungen; ein jeder hat die Konsequenzen selbst zu tragen.

Gera. In unserer Mitgliederversammlung am 24. Februar hielt Gauleiter Brödnert einen Vortrag über: „Die Entwicklung des Verbandes im Jahre 1911“. Er führte aus, daß besonderer Anerkennung wert sei die Arbeitszeitverkürzung der Mühlenarbeiter, in Anbetracht der früheren rückständigen Verhältnisse, trotz der Scharfmacherpraktiken, speziell in Magdeburg.

Salzstadt und Salzbezirk. An die Kollegen der Brauereien im obenbezeichneten Gebiet wenden wir uns heute mit der dringenden Mahnung, daß jeder, der noch nicht organisiert ist, sich unserem Verband anzuschließen. In den letzten Jahren sind die wirtschaftlichen Verhältnisse immer schlechter geworden, indem alle Lebensmittel im Preise bis zu 30 Proz. gestiegen sind.

Kollegen! Woran liegt es, daß eure Verhältnisse nicht so sind wie sie sein müßten und könnten? Es liegt an Euch selbst! Wacht endlich auf, schüttelt eure Gleichgültigkeit ab, tretet Mann für Mann in die Reihen der Organisation und erringt Euch auch andere Verhältnisse wie eure Kollegen anderorts. Glaubt nicht, daß Ihr ernten könnt ohne zu säen, laßt Euch nicht betören von denen, die Euch einreden, Ihr bekommt auch ohne Organisation den Euch zustehenden Lohn.

Beitrittserklärungen nimmt jede Ortsverwaltung entgegen, wo keine vorhanden, wende man sich an unterzeichnete Adresse.

G. Kiepl, Magdeburg, Gr. Diesdorfer Straße 50, I.

Geilbrenn. Der Beschluß unserer Generalversammlung gab Anlaß, unter besonderer Berücksichtigung der Mühlenarbeiter intensiver mit der Agitation einzusetzen. Mit den Erfolgen in den letzten Wochen können wir zufrieden sein. Es war uns möglich, die Kollegen der Walzmühle Bissingen, welche wohl unter den traurigsten Lohn- und Arbeitsverhältnissen arbeiten, von der Notwendigkeit der Organisation zu überzeugen und dieselben samt und sonders der Organisation zuzuführen.

Sage keine Verbesserungen ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse möglich. Jedenfalls sollten aber die Kollegen die Frage aufwerfen: Wer meint es aufrichtiger mit Euch, die Organisation oder der Vertreter der Unternehmer, der Brauer Velz? Daß es Velz nicht ist, den Beweis hat ja dieser Herr selbst bei der letzten Versammlung erbracht, indem er drei die Nachfrage stellte: Was will denn eigentlich der Verband in Döhringen noch verbessern? Wir haben ja eine geregelte Arbeitszeit von morgens 5 Uhr bis abends 7 Uhr, ohne festgesetzte Pausen; also wenn nichts dazwischen kommt, können die Arbeiter sogar auf kurze Zeit die Arbeitsstätte verlassen und die Mahlzeiten einnehmen. Sonntags arbeiten wir ja nur 3 1/2 bis 4 Stunden morgens und abends sind nur die Pausen zu widern, selbstverständlich ohne besondere Vergütung.

Soffentlich tragen die wenigen Zeilen dazu bei, daß die Döhringer Kollegen für die nächste Versammlung mehr Interesse haben.

Hof. Die durch Fusion stillgelegte Kronenbrauerei wird nun zur Malzfabrik ausgebaut und wird vom Malzfabrikanten Louis Hausmann, München, in Betrieb genommen.

Magdeburg. Die Versammlung am 25. Februar war gut besucht. Vorwärts geht es in Magdeburg, das ergab sich aus dem Geschäftsbericht, welchen die Kollegen Menz und Fischer erstatteten. Das Jahr 1911 war ein arbeitsreiches, doch hat es auch seine Früchte getragen. Versammlungen fanden insgesamt 15 statt, darunter zwei außerordentliche und eine öffentliche; Betriebsversammlungen circa 60, Vorstand- und Vertrauensmännerversammlungen 16. Agitation wurde in mehr als 200 Fällen entfaltet. Lohnbewegungen mit Streit wurden zwei in der Mühlenindustrie (Hafenmühle und Hildebrandts Mühle) geführt; über den Verlauf dieser Kämpfe wurde ausführlich in der „Verbandszeitung“ berichtet. Zwei weitere Lohnbewegungen, und zwar in der Brauerei Gebr. Korte und Malzfabrik Wande u. Schmidt, wurden zu günstigen Tarifabschlüssen. Im 4. Quartal hatten wir Einnahmen 2494,95 Mk., Ausgaben 2155,68 Mk., an die Hauptkasse wurden gesandt 339,27 Mk. Der Kassenbestand der Lokalasse stieg auf 1011,68 Mk. Die Jahreseinnahmen der Hauptkasse betragen 8696,95 Mk. An die Hauptkasse wurden gesandt 2081,22 Mk. Die Zahl der Mitglieder stieg um 65 Proz., von 268 am 31. Dezember 1910 auf 444 am 31. Dezember 1911, darunter 21 weibliche. Kollege Menz schloß mit dem Hinweis, daß wenn alle Kollegen im Jahre 1912 ihre Pflicht tun, die Organisation sich weiter günstig entwickeln werde zur Vorbereitung künftiger Erfolge. Nur in einer einheitlichen, disziplinierten und straffen Organisation finden die Lohnarbeiter vor heute ihr Heil. Deshalb mögen die Magdeburger Kollegen nach dem Wahrspruch handeln: „Vorwärts immer, stillstehn nimmer!“ Der lebhafte Beifall läßt darauf schließen, daß dieser Wahrspruch von den Kollegen beherzigt wird. Den Kartellbericht erstattete Kollege Julius Richter. Derselbe befriedigte sehr. Ist doch auch hier am Orte die gesamte organisierte Arbeiterschaft ein tüchtiges Stück vorwärts geschritten. In der nächsten Versammlung soll zum diesjährigen Verbandstage Stellung genommen werden. — Beschlossen wurde, eine Sterbemarle à 10 Pf. für jeden Sterbefall einzuführen.

Bassau. In einer am 2. März statigefundenen Versammlung referierte Bezirksleiter Schrembs über Zweck und Nutzen der Organisation. Eine sehr lebhaft Debatten entspann sich bei der Diskussion über das Verhalten einzelner Kollegen, die vor Jahren noch so gut für die Organisation waren und sich jetzt nicht mehr sehen lassen. Diese Leute glauben so besser zu stehen. Wir wollen es abwarten, und gar mancher Kollege wird sich sagen müssen, hätte ich meine Pflicht getan, dann würden in Bassau andere Verhältnisse geschaffen werden können. Die Versammelten hoffen, daß dies noch einmal anders werde. Darum tue jeder seine Pflicht und agitiere für den Verband.

Niesa. In der Versammlung am 25. Februar gab Kollege Scholz den Jahresbericht. Unsere Zahlstelle erstreckt sich auf drei Brauereien, sieben Getreide- und eine Oelmühle. Es fanden 10 Mitgliederversammlungen, 3 Vorstandssitzungen und 9 Betriebsbesprechungen statt. In zwei Versammlungen wurden Vorträge gehalten. Die Mitgliederzahl betrug am Jahresabschluss 133 männliche und 2 weibliche. Die Jahreseinnahme betrug 3127,65 Mk., die Ausgabe 940,92 Mk., mithin an die Hauptkasse 2186,73 Mk. gesandt. Die Lokalasse hatte Einnahme 639,60 Mk., Ausgabe 419,81 Mk., Bestand 827,71 Mk. Die durchschnittliche Besuchszahl der Versammlungen war höchstens 25 Proz.; es zeugt dies von der Lauheit und Interesslosigkeit der Kollegen. Es ist notwendig, mehr Interesse für die Organisation zu zeigen; schalten wir persönliche Streitigkeiten aus, jorge jeder Kollege dafür, daß die noch unorganisierten zum Verband herangezogen werden können, dann werden wir auch weiterkommen.

Satzweil. Nachdem die Vereinsbrauerei nach dem Konkurs noch abgebrannt, ist nun die Bergschloßbrauerei alleinige Produktionsstätte des Bieres, abgesehen von einigen Brauereibrauereien. Unter den Kollegen der Zahlstelle ist eine Lauheit eingerissen, welche uns in unserer Entwicklung nur schaden kann. Gerade wo wir dieses Jahr vor Ablauf unseres Tarifes stehen. Die Verhältnisse sind überall in unseren Nachbarstädten, außer Gardelegen, wo aber nur kleine Brauereien sind, besser als hier. Wenn man weiter sieht, wie gerade in letzter Zeit auf Bergschloß die Entlassungen immer vorgekommen werden, müßte man annehmen, daß dadurch die Kollegen aufgerüttelt werden. Ende Januar wurde ein Kollege entlassen, da jagte der Direktor: der Braumeister will es, dieser sagte: der Direktor will es. Schließlich soll sein Privatleben schuld sein, er hatte mit der Polizei Konflikt. Mitte Februar wurde ein Kollege entlassen, der sich die Anbahnung der neuen Brauereisanktion nicht gefallen ließ. Anfangs März wurde ein Kollege, der krank war, die Kündigung ins Haus geschickt. Das ist noch nicht alles. Ob es darauf zurückzuführen ist, daß der Oberjunker Kröcher wieder in den Reichstag gewählt wurde? Jedenfalls ist die Handlung der Direktion nicht von sozialem Geist erfüllt.

Das kann aber nur geschehen, weil die Kollegen zu wenig Interesse an unserer ganzen Bewegung zeigen. Sind

doch in den Versammlungen, wo zu diesen Fragen Stellung genommen werden sollte, ganze 11 Mann von 50 erschienen. Kollegen, das muß anders werden; zeigt und wahrt Eure Interessen mehr, dann werden auch solche Fälle nicht vorkommen. Vor allem als nüchternen Gewerkschaftler seine Pflicht erfüllen, dann können wir auch jederzeit unsere Rechte vertreten. Die Kollegen dürfen nicht glauben, wenn sie arbeiten und viel trinken, daß ihre ganze Aufgabe sein soll, sie sollen auch vorwärtsstreben; mehr Energie ist nötig.

Mühlensarbeiter.

Milch. Je reicher der Unternehmer, um so ärmer seine Arbeiter. Dieses Bild kann man so richtig wieder sehen in der Mühle Georg Meidlinger, Milch. Der Herr Mühlensbesitzer hat vorn am Wege eine schöne Villa stehen als Wohnhaus, seine Arbeiter wohnen im Kuhstall, oder besser gesagt, in einem früheren Kuhstall. Heute stehen keine Kühe mehr drin, weil sie nichts mehr einbringen, deshalb hat er heute dort seine Arbeiter untergebracht. Von Tisch und Stuhl ist in diesem Schlafraum nichts zu sehen, außer vier Betten, die förmlich starren vor Dreck, daß man bezweifeln kann, ob hier schon jemals die Bettwäsche gewechselt wurde. Der Fußboden ist in gleicher Verfassung; man kann da vor lauter Schmutz nicht sehen, ob es Erd- oder Holzboden ist. Na Tisch oder Stuhl befindet sich in diesem Raum die ehemalige Kuhstriebe, die notdürftig mit Brettern zugebaut ist. Ein anderer Arbeiter wohnt nebenan in einem Raum, der ein einziges Fenster besitzt, welches sich in der Tür befindet. Dieser Raum ist, was Dreck anbelangt, in der gleichen Verfassung, nur hat man diesem Mann einscheinend, weil er die Ehre hat, einen Raum zu haben, wo er ganz allein schläft, noch ungefähr 300 Blumenstöcke mit hineingestellt. Zu allem Ueberflus ist an der Seite, wo die Schlafräume Licht und Luft bekommen, noch ein großer Misthaufen gelagert, was jedenfalls nicht zum Wohlsein der Arbeiter beiträgt, die hier in ihrer kurzen Ruhepause nach 10stündiger Arbeitszeit wieder Kräfte sammeln sollen. Im Gegenteil sollte man meinen, daß Arbeiter, die den ganzen Tag in Staub und Schmutz arbeiten, erst recht frische Luft gebrauchen könnten. Der Herr Meidlinger scheint aber hier von nichts zu halten und soll es nach Aussage der Leute mit dem Essen genau so stehen, wie mit der Schlafgelegenheit. Wir haben Herrn Meidlinger in der allerhöchsten Form aufgefordert, hier unverzüglich Abhilfe zu schaffen, aber bis heute ist davon noch nichts zu spüren. Deshalb haben wir auch gleichzeitig die Gewerbeinspektion auf diesen Betrieb aufmerksam gemacht und hoffen wir, daß sie hier recht bald andere Verhältnisse schaffen möge. Denn unseren Kollegen am Orte ist es nicht möglich, dort so lange auszuhalten, weil sie sonst im Dreck zugrunde gehen würden.

Rundschau.

Aus der Brauindustrie.

Zeichen der Zeit. Die zunehmende Konzentration im Brauergewerbe übt erklärlicherweise auch auf die Zahl der beschäftigten Braumeister einen Einfluß aus. Das konstatierte auch der Jahresbericht des Deutschen Braumeister- und Malzmeistverbundes für 1911, der sich gleichzeitig auch beklagt, daß die Unternehmer zu wenig die Stellenvermittlung des Braumeisterverbundes benutzen. Es heißt dort:

„Als einen der wichtigsten Teile seiner Interessenvertretungen hat der Bund von jeher die Stellenvermittlung behandelt und ist demgemäß auch im vergangenen Jahre unausgesetzt bemüht gewesen, seinen Einfluß zur Geltung zu bringen, doch aller Arbeits- und Geldaufwand erzielt nicht die gewünschten Ergebnisse. Der Prozentsatz der Unterbrachten ist und bleibt ein kleiner gegenüber den vielen Anwärtern, die unsere Hilfe in Anspruch nehmen. Und dabei dieser Ueberfluß an geschulten Kräften. Wer die Zeichen der Zeit beobachtet, dem kann es nicht entgehen, daß die Stellenlosigkeit in noch weiterem Maße sich verschärfen wird, als dies gegenwärtig schon der Fall ist. Keine glückverheißende Zukunft winkt, ihrer viele sind schon zu einem Berufswechsel übergegangen, und viele andere werden gezwungen sein, zu folgen; unser Mitgliederverzeichnis weist in dieser Beziehung schon manche davon betroffenen Kollegen auf. In dieser Notlage richten wir immer und immer wieder die dringende Bitte an die Herren Brauereibesitzer und Malzereibesitzer, Direktoren und sonstige Arbeitgeber, uns mit dem Nachweis offener Stellen an die Hand gehen zu wollen.“

Auch hier ist also schon der Glaube an die „Harmonie der Interessen“ in die Brüche gegangen, seitdem das unpersonliche Kapital immer mehr die Macht in Händen bekommt. Der Bund deutscher Brauergesellen ist ja auch schon so ziemlich davon geheilt, wenigstens hat man aufgehört, den Kollegen vorzuschwindeln, ein jeder könne noch Braumeister oder Brauereibesitzer werden. Die wirtschaftliche Entwicklung ist der beste Lehrmeister, mancher begreift es nur reichlich spät.

Gewerbebetrieb oder Hausierhandel. Ein Aufseher der Brauerei G. in Breslau fuhr seit Jahren mehrmals in der Woche mit einer Kuhre nach Rosenthal, wo er auf einem von der Brauerei gemieteten Plage das Bier feilbot. Nach jahrelangem unbeanspruchtem Betrieb nahm die Polizei jetzt plötzlich Anstoß daran und sandte dem Brauereibesitzer und seinem Aufseher G. je einen Strafbefehl über 36 Mk. eventuell neun Tage Haft wegen Bierverkaufs im Umherziehen ohne Wandergewerbebescheinigung. Beide erhoben Einspruch und G. machte vor dem Schöffengericht geltend, da er in Rosenthal einen eigenen Platz für seinen Bierverkauf gemietet habe, so könne von einem Handel im Umherziehen keine Rede sein. Er habe eben in Rosenthal eine gewerbliche Zweigniederlassung, und um da sein Gewerbe zu betreiben, bedürfe er keines Wandergewerbeseines. Das Gericht bestätigte jedoch die Strafbefehle, nur mit der Maßgabe, daß statt der substituieren je neun Tage bloß je drei Tage Haft eingekerkert werden. Eine Ermäßigung der Straffsumme war nicht möglich, weil bei Steuerhinterziehungen der doppelte Betrag der hinterzogenen Summe als Strafe festgesetzt werden muß und der Preis eines Wandergewerbeseines 18 Mk. beträgt. Beide Angeklagten wurden für solidarisch haftbar für Strafe und Kosten erklärt. Zur Begründung

des Urteils führte der Vorsitzende aus, daß ein bloßer als Verkaufsstand dienender Platz noch nicht als eine gewerbliche Niederlassung angesehen werden könne; dazu gehören mindestens ein Geschäftszimmer, ein Lokal, wenn es auch nur aus einer Barade bestehe.

Aus der Mühlenindustrie.

Eine zeitweilige Aufhebung des Maiskolles beabsichtigt die französische Regierung. Sie hat einen Gesetzentwurf in der Deputiertenkammer zu diesem Zweck eingebracht, um dem Viehfuttermangel und der Fleischteuerung zu steuern. Im Deutschen Reichstag beriet man dieser Lage über den gleichen Gegenstand infolge einer von den Sozialdemokraten eingebrachten Interpellation. Regierung und die Parteien der Rechten lehnten eine Aufhebung oder Sistierung der Futtermittelzölle unter den sademstingststen Gründen ab, wobei der „Arbeitervertreter“ Giesberts vom Zentrum den Bollwuchern eifrig sekundierte. Zu was auch die Aufhebung! Unter dem Viehfuttermangel leiden ja nicht die Großgrundbesitzer, sondern die Kleinbauern, und unter der Fleischteuerung leiden nicht die Junker und Scajotbarone, sondern nur die Arbeiter und der Mittelstand. Für die hat man jetzt noch, wie früher vor der Wahl, nur schöne Worte, die den herrschenden Parteien nichts kosten.

Verbandstag. Seinen 4. Verbandstag hält der Verband der Mühlensarbeiter Oesterreichs am 26. und 27. Mai in Wien ab.

Samelner Kuriosa. Die Generalversammlung der Wefermühlen, Akt.-Ges. vom 6. Juni 1911, bugfierte Herrn Senator F. W. Meher in etwas ungewöhnlicher Art aus dem Aufsichtsrat wieder hinaus, in den er kurz zuvor gewählt worden war. Jetzt hat das Landgericht zu Hannover diesen Beschluß der Generalversammlung als ungesetzlich aufgehoben, und der Herr Senator tritt wieder in den Aufsichtsrat ein. Es wird da in der nächsten Zeit sehr — „friedlich“ zugehen.

Ueber Arbeiterverhältnisse schreibt „Der Müller“, das Organ des Verbandes deutscher Müller, und stellt dabei die Behauptung auf, daß im Müllergewerbe immer wieder übertriebene Forderungen in Bezug auf die Höhe des Lohnes und die Kürze der Arbeitszeit gestellt würden, wobei die berufsmäßigen Verfänger der Arbeiter immer die Behauptung aufstellen, daß die Arbeiterverhältnisse in Deutschland unsagbar schlecht seien, während in den freierlich regierten Staaten, wie England und in den Vereinigten Staaten von Amerika, alles besser sei. Zunächst bleibt uns „Der Müller“ den Beweis für seine Behauptung schuldig und gibt nicht an, wo im Müllergewerbe übertriebene Forderungen gestellt worden sind.

Geradezu köstlich ist dann weiter seine Beweisführung, daß es in den Vereinigten Staaten um die Arbeiterverhältnisse auch nicht besser bestellt sei. Dafür werden die Arbeiterverhältnisse in der Eisen- und Stahlindustrie herangezogen, der Dollar, der mindestens 4 Mk. gilt, wird mit nur 2 Mk. gewertet, daß die Lebensmittel in Amerika halb so teuer wie in Deutschland sind, wird wohlweislich verschwiegen, und so macht es dem Urteilschreiber im „Der Müller“ nicht die geringste Schwierigkeit, zu beweisen, daß die Arbeiterverhältnisse in der amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie nicht besser als im deutschen Müllergewerbe sind. Spiegelrecherei!

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Brav gemacht, Kollegen! Im vorigen Jahre hatten sich die Kollegen der Brauerei zu Hohenprenz, einem kleinen Orte in Mecklenburg, unserem Verbande angeschlossen. Schon damals setzte der Ortsgeistliche in Gemeinschaft mit dem Militärverein alles in Bewegung, die Kollegen von der Organisation abzuwenden. Letztere blieben jedoch standhaft und erzielten durch Tarifabschluß wesentliche Verbesserungen. Nach der Reichstagswahl trat nun der Militärverein erneut auf die Bildfläche und sollten unsere Kollegen sich schriftlich erklären, aus dem Verbande auszutreten, widrigenfalls ihr Ausschluß aus dem Militärverein erfolge. Die Antwort war zweifelsohne eine recht unerwartete. Ein mütiig erklärten die Kollegen, lieber aus dem Militärverein, als aus dem Verbande auszuschneiden.

Wir können nur den Militärvereinen allertorts solche Erfolge wünschen, im Interesse der Arbeiter selbst, denn nicht die Militär- und Kriegervereine sind es, welche den Arbeitern bessere Verhältnisse schaffen, sondern die gewerkschaftlichen Organisationen, und zum Erfolg der Organisation gehört die Einigkeit.

Aus der Unternehmerorganisation.

Mandant Mühlensbesitzern ins Stammbuch! Der „Steinbühauer“, das Organ der Steinmetz- und Steinbruchbesitzer, bringt einen Artikel aus der Feder eines Unternehmers über die rechtliche Stellung der Tarifverträge, in dem u. a. ausgeführt wird:

„Es gehört in unserer Zeit, so hart es klingen mag, eine gewisse Rücksichtigkeit dazu, ohne gut durchgearbeiteten Tarif zu wirtschaften. Man wird tariftreuen Firmen gegenüber in vielen Beziehungen im Nachteil sein, da es keine zuverlässigere und bequemere Grundlage für die Preisberechnung gibt, als einem fest geschlossenen Tarifvertrag. Daß außerdem auch böllige Klarheit über die in Ansaß zu bringendem allgemeinen und besondern Betriebsunkosten erforderlich ist, soll nur der Vollständigkeit wegen erwähnt werden. Eine wieviel größere Sache ist es doch, wenn von den Einzelfällen abgesehen, die sich vom Tarif noch nicht haben treffen lassen, am Lohntag beide Parteien sich über die zu zahlenden Beträge vollständig im reinen sind, anstatt daß wegen jedes Stückes lang und breit verhandelt werden muß. Ich für meinen Teil kaufe mit Vorliebe da, wo die Preise im Schaufenster für jeden Artikel feststehen oder „feste Preise“ angeschrieben sind; denn das Handeln und Feilschen ist mir ein Greuel. Jedem Beteiligten, der seither noch nicht glaubte, der Tariffrage näherzutreten zu müssen, empfehle ich angelegentlich, sich doch einmal ohne jede Voreingenommenheit mit ihr zu befassen und sich Klarheit darüber zu verschaffen, ob es vorteilhaft oder zweckmäßig ist, sich länger einer Erkenntnis und ihrer Befolgung zu verschließen, von deren Wichtigkeit die weitaus größte Zahl nicht nur

der Berufsangehörigen, sondern fast aller Gewerbetreibenden seit Jahrzehnten überzeugt ist."

Können das die Tarifschwen in der Mühlenindustrie kapieren?

Volkswirtschaftliches, Steuerpolitisches.

Verminderte Kaufkraft! Gibt man die Macher der Reichsfinanzreform, dann hat ihr Werk gegenstandslos gewirkt, den Wohlstand aller Volksgenossen gehoben. Auf solchen Ton war noch die Rede des Abg. Dr. Grunenberg (Zentrum) am 26. Februar im Reichstage abgestimmt. Eine „außerordentlich gute, geradezu glänzende“ allgemeine wirtschaftliche Entwicklung sei die Folge der neuen Steuern. Ein ganz anderes Urteil konnte man am nächsten Tage in der „Möln. Volkszeitung“ lesen. Im Handelsteil des Blattes, der öfters nicht ganz im Einklang mit dem politischen Verhalten des Zentrums steht, berichtet es aus Darmen:

Seit unserm letzten Bericht (vergl. Nr. 42) hat sich die Geschäftslage noch weiter verschlechtert, was deshalb von Bedeutung ist, weil der Monat Februar sonst stets als die beste Verkaufszeit für unser Gewerbe gilt. Alle Geschäftsbereise sind, wie immer um diese Zeit, auf dem Wege; aber ihre Berichte lauten durchaus wenig erfreulich. Die hohen Lebensmittelpreise wirken eben im Inlande gar sehr auf die allgemeine Lage ein, weil den unteren Schichten der Bevölkerung die Mittel fehlen, die diesigen Artikel, ohne welche man sich auch behelfen kann, zu kaufen. Die Kaufkraft beschränkt sich daher nur auf das allernotwendigste ganz kleiner Mengen. Auch sind die Klagen über den schlechten Eingang des Geldes ziemlich laut. Ausblicken auf wesentliche Besserung sind vor dem Herbst kaum zu erwarten."

Merkwürdig; wenn die Sozialdemokratie Maßnahmen zur Abhilfe der Teuerung verlangt, dann stellt man sich dummm, bestreitet das Vorhandensein eines Notstandes. Hier aber wird offen anerkannt, daß die Kaufkraft der Bevölkerung unter der Teuerung erheblich leidet. Daß die Preissteigerung hauptsächlich aus der vom Zentrum geförderten und verteidigten Schutzoll- und Steuerpolitik resultiert, das wird den Zentrumsanhängern natürlich verschwiegen.

Polizeiliches, Gerichtliches.

Vom Hildebrandtschen Streik in Magdeburg. Das Schöffengericht in Duda-Wagdeburg beschäftigt sich abermals mit einem der sogenannten „Terrorismussfälle“, die sich während des Streiks bei Hildebrandt abgespielt haben. Angeklagt waren der Arbeiter Wilhelm Paul, seit 8. Dezember vorigen Jahres in Untersuchungshaft, der Arbeiter Gustav Appel und der Arbeiter Loda. Sie wurden beschuldigt, am 24. November vorigen Jahres den Arbeitswilligen Wolf genötigt zu haben, die Arbeit niederzulegen, ihn beleidigt und mittels eines Messers einen Schlag auf den Kopf verjehzt zu haben. Durch den Schlag, den der Angeklagte Paul getan haben soll, erhielt Wolf eine kleine unbedeutende Wunde über dem linken Ohr. Nertzliche Hilfe hat der Geschlagene nicht in Anspruch zu nehmen brauchen, auch ist er nicht arbeitsunfähig gewesen. Die Angeklagten Appel und Loda wurden beschuldigt, den gelben Werkvereiner Kaiser gemeinschaftlich mißhandelt zu haben, und zwar durch Fußtritte und Schläge mit der Hand gegen den Kopf. Beide sollen auch verhindert haben, daß Kaiser mit der Strafenbahn entfliehen konnte. Paul gab zu, dem Wolf, der ihn auf den Fuß getreten, einen Schlag mit der Hand verjehzt zu haben. Er bestritt jedoch, den Wolf mit dem ihm vorgelegten Taschenmesser geschlagen zu haben. Der Gerichtschreiber Dr. Krüger behauptet, daß sich an der Messerlinge zwar Menschenblut befunden habe, dies aber sehr alt gewesen sein muß. Der Angeklagte will öfter Blutwurst gegessen haben und meint, daß davon die Blutreste herrührten. Die Angeklagten Appel und Loda bestritten jede Schuld.

Der Amtsanwalt beantragte gegen den Angeklagten Paul 6 Monate Gefängnis, gegen Appel und Loda je vier Monate Gefängnis. Rechtsanwalt Pistorius, als Vertreter des Nebenklägers, verlangte eine strenge Bestrafung, besonders für Paul, weil er dem Gericht das Märchen mit der Blutwurst erzählt habe. Der Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Hammer, plädierte für Loda auf Freisprechung. Bei Paul und Appel müsse berücksichtigt werden, daß sie noch unbestraft seien und nicht aus unehrenhaften Gründen gehandelt hätten. Das Gericht verurteilte den Angeklagten Paul zu 5 Monaten Gefängnis; 2 Monate der erlittenen Untersuchungshaft wurden auf die Strafe angerechnet. Da Paul noch ledig ist, wurde der Haftbefehl gegen ihn aufrechterhalten. Die Angeklagten Appel und Loda erhielten je 3 Monate Gefängnis.

Und da schreien die Scharfmacher nach noch mehr „Arbeitswilligen“-Schutz.

Vom „Arbeitswilligen“-Schutz. Ein hartes Urteil fällt die Erfurter Strafkammer gegen den Wirtshausbesitzer Billy Jehner, der angeklagt war, Arbeitswillige mißhandelt zu haben. Der aus früheren Prozessen bekannte Arbeitswilligenagent August Büschel hatte sich am Abend des 11. August 1911 mit einigen Arbeitswilligen im Restaurant zur „Börse“ in Erfurt eingefunden. Als einige ausgeperrte Metallarbeiter das Lokal betraten, kam es zu Meibereien. Nachdem Büschel und die Arbeitswilligen das Lokal verlassen hatten, entstand draußen eine Schlägerei zwischen den Arbeitswilligen und anderen Personen. In dieser Situation soll nach dem Aussagen einiger Arbeitswilliger der Angeklagte den Schloffer August Schröder mit einem spitzen Gegenstand in den linken Arm geschlagen und dem Arbeiter Johann Graul mit einem Stock geschlagen haben. Der Angeklagte bestritt die ihm zur Last gelegten Taten. Er wies aber darauf hin, daß er vom dem Arbeitswilligen Graul mit einer Waffe bedroht worden sei. Graul behauptete als Zeuge, daß er keine Waffe bei sich geführt, sondern er habe nur mit der Hand in seine Gesichtseite gefaßt. In der weiteren Verhandlung wurde festgestellt, daß Büschel und seine Freunde während des T. als im Lokal „zur Börse“ einen Arbeiter so mißhandelt haben, daß dieser nach den eidlichen Aussagen eines Zeugen laut um Hilfe schrie; doch ist gegen die Arbeitswilligen keine Anklage wegen Mißhandlung erhoben worden. Der Zeuge Büschel beschönigte diesen Vorfall

mit den Worten: Man habe dem Manne nur „ein paar gegeben“, weil er nachforschen wollte, ob Graul einen Nebenbuhler hatte. Dieser Kronzeuge Büschel, auf dessen eidliche Aussagen hin bereits in früheren Prozessen streikende Arbeiter verurteilt wurden, behauptete auch, der noch böllig unbestrafte, seit fünf Jahren zur Zufriedenheit seiner Vorgesetzten in einer hiesigen Brauerei arbeitende Angeklagte sei bei jedem Streik „vornweg“, also sozusagen der Anführer. Bemerkenswert ist die Neugier eines Zeugen, wonach die Polizei dem Arbeitswilligen Graul die Genehmigung zum Waffentragen erlaubt haben soll, obwohl der Mann wegen Körperverletzung eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten verbüßt hat. Ein tragischer Vorfall war mit der Vernehmung des Zeugen Emil John verbunden. Er sollte Auskunft über einen Vorfall geben, der sich bereits am 4. August vor der „Börse“ abgespielt haben soll. In diesem Tage soll es auch zu einem Zusammenstoß zwischen Arbeitswilligen, dem Angeklagten und dem Zeugen gekommen sein. John behauptete, er habe den Angeklagten damals nicht gekannt und wisse vom dem Vorfall nichts. Der Zeuge Büschel aber, der sich am 4. August in der „Börse“ aufhielt, will die Person des Zeugen mit Bestimmtheit wiedererkennen, während der Metallarbeiter Kruse, dessen Sohn und selbst der Arbeitswillige Graul die Aussagen Büschels nicht mit Bestimmtheit bestätigen können. Der Widerspruch zwischen dem Aussagen Büschels und des Zeugen John beantragte den Staatsanwalt Punze zu beantragen, gegen John das Verfahren wegen Meineids einzuleiten.

Gegen den Angeklagten beantragte der Anklagevertreter 1 Jahr 6 Monate Gefängnis. Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Desmatines wies zunächst darauf hin, daß der Angeklagte ein unbescholtener, fleißiger, tüchtiger Arbeiter sei, im Gegensatz zu vielen Arbeitswilligen, die oft nur als Gelegenheitsarbeiter auf der Wirtschäfte erscheinen. Die Aussage Büschels, wonach der Angeklagte bei jedem Streik „vornweg“ sein solle, sei nicht richtig, denn er arbeite schon fünf Jahre auf der Brauerei, und der Direktor könne zur Bestätigung seines guten Lemmens als Zeuge vernommen werden. Auch die anderen Aussagen Büschels seien mit Vorsicht aufzunehmen, denn in einem anderen Prozesse, in welchem er als Hauptbelastungszeuge gegen angeklagte organisierte Arbeiter auftrat, habe sich herausgestellt, daß Büschel in der Nacht so lange provozierend „spazieren“ ging, bis er seine Kräfte weg hatte. Der wegen Körperverletzung vorbestrafte Zeuge Graul sei auch nicht so harmlos, wie er aufgetreten sei. Die Behauptungen der Belastungszeugen seien durchaus nicht durchschlagend. Jeder Zeuge habe dem Vorfall etwas anders geschildert. Sie wollen wohl gesehen haben, daß der Angeklagte geschlagen hat, aber davon, daß auch Büschel und andere Arbeitswillige sich aktiv an der Schlägerei beteiligt haben, hat niemand etwas ausgesagt. Der Verteidiger plädierte für Freisprechung eventuell für eine milde Strafe. Vor der Urteilsverkündung richtete der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Siebert, die Frage an den Zeugen John, ob er seine Aussage aufrecht erhalte. Der Zeuge erwiderte klar und bestimmt, daß er nach bestem Wissen die reine Wahrheit gesagt und nichts zu korrigieren habe. Dann verurteilte der Präsident das Urteil, das auf 1 Jahr 3 Monate Gefängnis lautete. Das Gericht hielt die Schuld des Angeklagten für erwiesen. Er sei zwar nicht an der Aussperrung der Metallarbeiter beteiligt gewesen, doch habe er ihre Bestrebungen unterstützt. Da die organisierten Arbeiter geschloffen gegen die Arbeitswilligen zusammenhielten, sei es Pflicht des Staates, die Leute mit allen Machtmitteln zu unterstützen und denen den Rücken zu stärken, die sich nicht dem Terrorismus unterwerfen wollen. Ferner habe das Gericht beschloffen, den Zeugen John wegen Meineidsverdachts in Haft zu nehmen.

Literarisches.

Fraktionsbild der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, enthaltend die neuesten Porträts der 110 sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten nebst Angabe der Wahlkreise, in denen sie gewählt sind. Preis in künstlerischer Ausführung auf Kunstbruderpapier 50 Pf. Zu beziehen durch alle Parteibuchhandlungen oder direkt vom Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 69. — Bei schriftlicher Bestellung sind für Verpackung und Porto 50 Pf. extra beizufügen.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau, Redaktion und Expedition der „Verbandszeitung“, Berlin O. 27, Schillerstraße 6 IV, Fernsprecher: „Amstättstadt 275.“

Diese Woche ist der 11. Wochenbeitrag fällig.

Mitteilungen der Hauptverwaltung.

Monatsausweise.

Einer Anzahl Zahlstellen wurden noch keine Monatsausweisblöcke zugesandt, um nicht unnötigerweise solche an Orte zu senden, wo in Jahr und Tag keine Ausgaben gemacht werden, welche in die Ausweise einzutragen sind. Zahlstellen, in welchen irgendwelche derartige Ausgaben gemacht werden und die noch keinen Ausweisblock bekommen haben, wollen umgehend solchen von der Hauptverwaltung verlangen. Der Hauptvorstand. K. Ezel.

Unsere Statistik.

Bis Sonnabend, den 9. März, fehlten die Fragebogen: Formular I noch von 49 Orten; Formular II noch von 38 Orten und der Fragebogen betr. Ausweis der Postkastenbestände noch aus 23 Orten. Die betreffenden Orte wurden diesmal nicht namhaft gemacht. Dagegen wurden sie den in Frage kommenden Zahlstellen zur Kenntnis gebracht. Es wird erwartet, daß das fehlende Material bis spätestens Montag, den 18. März, an den Hauptvorstand gesandt wird. Diejenigen Zahlstellen, die bis zum 18. März das betreffende Material nicht eingesandt haben, kommen in der Zeitung wie im Jahresbericht zur Veröffentlichung. Sofern Zweigvereine keine Lokalfasse haben und dieses dem Verbandsvorstand noch nicht mitgeteilt haben, sollen sie dieses um-

gehend tun. Soweit das Formular II noch fehlt, kommen meist kleinere Zahlstellen in Betracht, von welchen angenommen werden kann, daß sie über die dort vorgesehene Fragen wenig zu berichten haben. Das Formular I muß jedoch von jeder Zahlstelle eingesandt werden, soll in der Fortführung unserer Statistik in bezug auf die Organisationsentwicklung keine Lücke entstehen. Die Zahlstellenverwaltungen werden daher dringend ersucht, die ihnen im Laufe dieser Woche seitens der Bezirksleiter zugegangenen bezw. noch zugehenden Fragebogen sofort auszufüllen und an den Verbandsvorstand zu senden.

Der Verbandsvorstand.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher: Heinrich Heide, Hilfsarbeiter, Buchnr. 58 801, geb. 27. November 1876 zu Röhren, Kreis Plön, eingetr. 21 Juli 1901 in Kiel.

Röth, Brauer, Buchnr. 29 209, geb. 17. September 1870 zu Tüdelhausen, eingetr. 1. April 1907 in Würzburg. Joseph Pech, Brauer, Buchnr. 28 839, geb. 10. Januar 1878 zu Wengenbach, eingetr. 1. Mai 1906 in Regensburg. August Heinrich, Bierfahrer, geb. 16. 6. 68 zu Dobbertauß, eingetr. 1. 6. 04 in Fürstenwalde. Vorstehende Kollegen haben Duplikate erhalten. Nur diese sind gültig.

Ausgeschloffen

aus dem Verband wurde auf Antrag der Zahlstelle Frankfurt a. M.: Hans Bachtler, Brauer, geb. 23. 11. 88 in Kronach, eingetr. 1. Dezember 1911 in Frankfurt a. M. Verb.-Nr. 63 856.

Gestorbene Mitglieder.

(Die Summe des an die Hinterbliebenen laut Statut auszubezahlten Sterbegeldes ist in Klammern beigefügt.) München: Korbinian Piermeier, Bierfahrer, 51 Jahre (45 Mk.); Berlin: Ernst Pabst, Mitfahrer, 56 Jahre (90 Mk.) und Friedrich Bromfort, Stallmann, 61 Jahre (90 Mk.); Halle: Albert Zabel, Brauer, 58 Jahre (90 Mk.); Berlin: Friedrich Fleischer, Mühlenarbeiter, 29 Jahre (21 Mk.); Landsbut: Sebastian Nied, Hilfsarbeiter, 42 Jahre (45 Mk.); München: Georg Lehner, Hilfsarbeiter, 45 Jahre (75 Mk.); Pöfnred: Hermann Pajold, Brauer, 38 Jahre (45 Mk.); Hamburg: Wilhelm Krone, Müller, 40 Jahre (125 Mk.). Ausbezahltes Sterbegeld an die Mitglieder beim Tode der Ehefrau: Todt-München 25 Mk.; Göttinger-Halle 30 Mk.; Senfel-Berlin 30 Mk.

Eingänge der Hauptkasse vom 4. bis 10. März.

Frankfurt a. M. 2,10; Arnstadt 203,—; Hamburg 4,20; Kitzingen 2,70; Bamberg 300,—; Steinach 28,—; Gildesheim 82,43; Wismar 25,—; Rudolstadt 11,—; Altona 123,80; Guhrau 5,60; München 2,10; Rempten 2,10; Kaiserlautern 5,40; Starnberg 3,—; Weiningen 130,—; Darmstadt 130,—; Rostock 200,—; Freienwalde 37,—; Stendal 100,—; Offenburg 103,10; Merxberg 113,15; Hof 3,50; Potsdam 7,70; Ludenwalde 2,75; Rangensalza 6,60; Chemnitz 4,20; Müders 2,50; Briesen 4,—; Görlitz 150,—; Grimma 52,10; Hamburg 164,—; Aachen 12,10; Mannheim 15,—; Siegnitz 2,70; Erlangen 223,08; Neumünster 94,10; Weimar 100,—; Mannheim 338,—; Elmshorn 8,25; Heterfen 14,85; Berlin 108,45; Göppingen 70,—; Birmens 76,—; Greiz 2,10; Schwenningen 2,10; Zwicau 2,10; Mülhausen i. Elz. 2,10; Brüssel 9,10.

Materialverwand.

München 300 Mitgliedsbücher. Brandenburg 1200 Marken a 50 Pf. Potsdam 1600 Marken a 50 Pf. Rudolstadt 800 Marken a 50 Pf. Amsterdam 400 Marken a 50 Pf. und 400 Marken a 30 Pf. Leutkirch 400 Marken a 50 Pf. Stettin 4000 Marken a 50 Pf. Reichenhall 1200 Marken a 50 Pf. Geilbrunn 50 Mitgliedsbücher. Schwenningen 50 Mitgliedsbücher. Gießen 30 Mitgliedsbücher. Egeln 800 Marken a 50 Pf. Schweinfurt 2000 Marken a 50 Pf. Merxberg 1200 Marken a 50 Pf. Wilhelmshaven 1200 Marken a 50 Pf. Grimma 1200 Marken a 50 Pf. Neutlingen 2000 Marken a 50 Pf.

Aus den Bezirken und Zahlstellen.

Fortit. Vorsitzender: Ernst W. f. Leipzig Str. 25. Leipzig. Die Beitragskassierer werden dringend ersucht, rechtzeitig abzurechnen, da am 14. April die Wahl zum Verbandstag stattfindet. Wo das Buch nicht in Ordnung ist, darf der betreffende Kollege nicht wählen. Auch um die Quartalsrechnung früher als bisher fertigstellen zu können, wird ersucht, der Aufforderung Folge zu leisten. Tübingen. Bis auf weiteres zahlt Kollege Gg. Hoffmann, Schleifmühlentweg 13, Unterhütung aus von 12 bis 1 Uhr und von 6½ bis 7½ Uhr.

Veranstaltungsanzeigen.

Sonnabend, den 16. März.

Ausbach. 8 Uhr, „Drei Könige“. Burg. 8 Uhr, Unterhagen 68. Eisenach. 8½ Uhr, in „Engel“. Fürstenwalde. 8½ Uhr, bei Nibel, Windmühlenstraße. Fürth. 8½ Uhr, „Gewerkschaftshaus“. Meissen. 8½ Uhr, „Restaurant zum Kronprinzen“. Urm. 8 Uhr, „Gewerkschaftshaus“, Hohentwiel. Weimar. 8 Uhr, „Volkshaus“.

Sonntag, den 17. März.

Alpirsbach. 1 Uhr, „Deutscher Kaiser“. Berlin. 2 Uhr, „Gewerkschaftshaus“, großer Saal. Deggendorf u. Umg. Vormittags 10 Uhr, „Klosterkübel“. Dortmund. 3 Uhr, „Gewerkschaftshaus“, Ede Leibniz- und Seiffingstraße. Duisburg. 3 Uhr, bei Marks, Feldstraße 9. Elmshorn. 4 Uhr, „Bereinslokal“. Emmendingen-Niegel. 3 Uhr, „Drei Könige“ in Emmendingen. Erding. Vorm. 10 Uhr, bei Schmidbauer. Frankenthal. Vorm. 10 Uhr, bei Wäzler, „Zum Walfisch“. Gera. 3 Uhr, bei Michel. Grödenberg. 4 Uhr, „Sausouci“ in Geringsdorf. Selb, Schönwald. 1 Uhr, „Zentralhalle“ in Selb. Stade. Vorm. 9 Uhr, „Bellevue“. Stettin. 3 Uhr, „Volkshaus“, Gr. Oberstraße. Witten. 3 Uhr, bei Rötmeier, Ardehstraße 104.

Jahresrechnung für 1911

des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen.

Einnahme.			
Eintrittsgelder: männliche à 50 Pf.	6 779,-	M.	
" " weibliche à 25 "	317,75	"	
" " " " " " "	208,75	"	
Für ausgefertigte Erfassungsbücher	19,-	"	7 324,50 M.
Beiträge: männliche à 50 Pf.	1 020 262,95	M.	
" " " " " " "	16 830,90	"	
" " weibliche à 30 "	16 259,70	"	1 053 153,55 M.
Zinsen von angelegten Kapitalien:			
Städtische Sparkasse zu Hannover	7 508,83	M.	
" " " " " " "	1 582,33	"	
Dresdner Bank in Berlin	6 039,25	"	
Deutsche Bank in Berlin	1 024,30	"	
Gesellschaftsbrauerei in Augsburg	5 950,-	"	
Aus Darlehen und Guthaben	1 500,93	"	23 605,69 M.
Sonstige Einnahmen:			
Für Abonnements auf die „Verbands-Zeitung“	1 424,82	M.	
" Inserate	3 570,81	"	
" Protokolle	839,20	"	
" Notizkalender	5 247,82	"	
" Broschüren	451,55	"	
Guthaben, Unterstützungen und Rechtsschutz zurück	5 845,12	"	
Diverse Einnahmen	340,25	"	17 719,57 M.
Durch Streitabrechnungen zurück erhalten:			
Zahlstelle Düsseldorf	600,-	M.	
" Dresden	364,-	"	
" " " " " " "	50,-	"	
" Freiburg i. Bad.	480,48	"	
" Langensalza	37,49	"	
" Laupheim	53,20	"	
" Leer i. Ostfriesland	21,10	"	
" Magdeburg	285,45	"	
" Mainz	4,30	"	
" Mülhausen i. Elsaß	19,30	"	
" Nordhausen	43,91	"	
" Plattling	70,-	"	
" Salungen	258,39	"	
" Wolfenbüttel	8,95	"	
" Worms	16,59	"	
" Würzburg	339,85	"	
" Zerbst	441,85	"	3 094,86 M.
Eingefandte Außenstände:			
Zahlstelle Alfeld (für 4. Quartal 1910 nachgeschickt)	—,08	M.	
" Greifswald (für 2. Quartal 1910 nachgeschickt)	42,-	"	
" Salzwedel (für 3. Quartal 1908 nachgeschickt)	23,-	"	
" Stendal (für 2. Quartal 1910 nachgeschickt)	19,-	"	84,08 M.
			Summa: 1 104 982,25 M.

Ausgabe.			
Unterstützungen:	Krankenunterstützung	200 062,60	M.
	Arbeitslosenunterstützung	65 205,20	"
	Für Sterbegeld	25 618,26	"
	An Gemahregelie	9 653,93	"
	Unterstützung in Notfällen	8 303,10	"
	Umzugskosten	2 175,50	"
	Rechtsschutz und Gerichtsosten	13 300,69	"
	Unkosten der Lohnbewegungen	86 015,59	"
	Streiks und Aussperrungen im eigenen Berufe	141 342,73	"
	Streiks und Aussperrungen in anderen Berufen	3 173,-	" 554 845,60 M.
Agitation:	Hauptkasse und Zahlstellen	58 192,54	M.
	Beiträge an die Kartelle	15 801,06	"
	Verwaltungskosten, Sitzungen, Porto	121 661,95	"
	An Prozenten zurückbehalten	41 969,71	" 287 625,26 M.
Verbands-Zeitung:	Für Druck d. „Verbands-Zeitung“	29 581,05	M.
	Porto für Versand der Zeitung	14 001,88	"
	Gehalt, Redaktion und Expedition	6 185,-	"
	Für Mitarbeiter u. Abonnements	2 075,32	"
	Postpapier und Kreuzbänder	755,-	"
	Kosten für die Zeitung „Oswiata“	225,23	" 52 778,48 M.
Verwaltungskosten (persönliche):	Für Gehälter	25 390,50	M.
	Für Mantogeld	60,-	"
	Für Versicherungsbeiträge	631,88	"
	Hauptvorstand, Revisoren und Verbands-Ausschuß	1 179,95	" 27 262,33 M.
	(sächliche): Für 80 000 Mitgliedsbücher	8 730,-	M.
	Für 90 000 Statuten	1 593,-	"
	Für 12 000 Notizkalender	5 217,05	"
	Für 5 300 Protokolle	2 132,-	"
	Statistische Erhebungen	9 449,47	"
	Verbands-Plakate u. Kassenbücher	3 778,10	"
	Pulte, Ordnerchränke, Schreibmaschinen	5 635,40	"
	Flugblätter und Druckfächer	2 689,90	"
	Marken, Stempel und Rissen	1 103,55	"
	Bibliotheken	573,30	"
	Stellenvermittlung	5 600,-	"
	Bureaumiete	3 440,-	"
	Telephon, Licht, Bureaureinigen	2 036,46	" 52 157,93 M.
Sonstige Ausgaben:	Bierfahrer- und Bezirksleiter-Konferenz	6 458,75	M.
	An die Generalkommission	6 882,78	"
	Für Unterrichtsurje	751,60	"
	Unkosten und Provision an Banken	14,85	"
	Einbruch- u. Feuerversicherungs-police	61,90	"
	Beiträge zurückerstattet	9,55	"
	Außenstände der Hauptkasse	1 360,80	"
	Porto und Postgelb	2 339,84	"
	Unkosten bezügl. Postfach-Konto	85,48	" 17 960,55 M.
			Summa: 942 625,15 M.

Bilanz.

Einnahme	1 104 982,25	M.
Ausgabe	942 625,15	"
Ergibt eine Mehreinnahme von	162 357,10	M.
Hierzu den Bestand vom 1. Januar 1911	1 003 980,09	"
Bestand in der Hauptkasse am 31. Dezember 1911	1 166 337,19	M.
Bestände in den Bezirksklassen am 31. Dezember 1911	2 353,09	"
Vermögensbestand des Verbandes am 31. Dezember 1911	1 168 690,28	M.

Berlin, den 10. März 1912.

Der Verbandsvorsitzende:

J. W. E. Badert.

Der Hauptkassierer:

H. Ragerl.

Revidiert und richtig befunden:

Die Revidoren:

Ludwig Godapp.

Richard Knappe.

Wilhelm Röhlig.

Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 1911 47 654 gegen 41 303 am Schlusse des Jahres 1910.

Im Vorjahre hatten wir eine Einnahme (nach Abzug der vom früheren Mühlenarbeiter-Verband übernommenen 77 000,- M.) von rund 900 000,- M., während im abgelassenen Jahre 1 100 000,- M. an Einnahmen zu verzeichnen sind. Mit hin betragen die Einnahmen gegen das Vorjahr ein Mehr von 200 000,- M.

Die gleiche Höhe der Mehreinnahme von 200 000,- M. wird durch eine ebensolche Höhe von Mehrausgaben wettgemacht. Davon entfällt auf die gezahlte Krankenunterstützung ein Mehr von 60 000,- M. Während diese Unterstützung im Vorjahre eine Ausgabe von 139 000,- M. erforderte, mußten im letzten Jahre 200 000,- M. für diesen Unterstützungszweig aufgewendet werden. Es kommt hier zum ersten Male die auf dem

letzten Verbandstag beschlossene Verkürzung der Parteizeit von 14 auf 10 Tage voll zur Geltung, während im Vorjahre nur das vierte Quartal von dieser Neuerung betroffen wurde, indem mit dem 1. Oktober 1910 das geänderte Statut mit der eben erwähnten Verkürzung der Parteizeit zur Anwendung kam. Die Arbeitslosenunterstützung kostete gegen das Vorjahr ein Mehr von 17 000,- M. Die Parteizeit wurde gleichfalls auf dem letzten Verbandstag für diese Unterstützung von 14 auf 7 Tage herabgesetzt. Die gute wirtschaftliche Konjunktur im letzten Jahre hat jedenfalls dazu beigetragen, ein weit größeres Mehr in der Ausgabe für diese Unterstützung zu verzeichnen. Das Konto für Sterbegeld weist gegen das Vorjahr ein Mehr von 800,- M. auf. Für Ge-

Es ergibt dieses eine Zunahme von 6351 Mitgliedern.

maßregelte 3000,- M., während für Streiks und Aussperrungen ein Mehr von 34 000,- M. gegen das Vorjahr zu verzeichnen ist. Die „Verbands-Zeitung“, welche seit dem 1. Januar des Berichtsjahres achtheftig erscheint, kostete ein Mehr von 16 000,- M. Die übrigen Mehrausgaben verteilen sich auf die Lohnbewegungen, Agitation und statistische Erhebungen.

Unser Hinweis im vorjährigen Jahresbericht, die aufwärtsstrebende wirtschaftliche Konjunktur durch Werbung von neuen Mitgliedern auszunutzen, hat sich erfüllt. Ueber 15 000 Mitglieder wurden im letzten Jahre aufgenommen. Diefen steht ein Abgang von 9000 Mitgliedern gegenüber, so daß der Verband am Jahreschlusse einen Zuwachs von 6351 Mitgliedern verzeichnen konnte. H. Ragerl.

Nachruf.
Am 2. März starb unser Kollege
Andreas Amann
an Lungenerkrankung im Alter von 30 Jahren. Wir werden ihm ein treues Andenken bewahren.
Die organisch. Kollegen der Brauerei Billingen.

Nachruf.
Nach langem, schweren Leiden starb am 29. Februar unser treuer Mitarbeiter, der Bierfahrer
Max Hecht
im Alter von 44 Jahren. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Zahlstelle Bielefeld.

Nachruf.
Am 8. März verschied infolge eines Schlaganfalles unser treuer Kollege
Permann Pabst
im Alter von 38 Jahren. Ihre feinem Andenken.
Zahlstelle Bielefeld.

Nachruf.
Am Samstag, den 24. Febr., starb infolge eines Unfalls unser treues Mitglied, der Bierfahrer
Korbinian Kirchner
im Alter von 52 Jahren. Ihre feinem Andenken.
Die organischen Kollegen der Brauerei Stamberg.

Unserem Kollegen **Ernst Siebrog** und Frau **Anna** zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.
Zahlstelle Bielefeld.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines unvergeßlichen Mannes **Ernst Pabst** lagen hiernit allen Bekannten sowie dem Brauerei- und Mühlenarbeiterverband unseren tiefgefühlten Dank.
Wwe. Pabst und Kinder.

Unserem Kollegen **Jos. Kleinmann** nebst Frau zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.
Zahlstelle Düsseldorf.

Strompferden-Schouer.
gel. geiß. D. N. G. R. Nr. 269127
1 Paar 90 Pf. 5 Paar porto-frei empfiehlt **Hr. A. Voepfer**,
Weißensfeld a. S., Promenade 14.

Nachruf.
Am 2. März verschied nach kurzem Leiden unser Kollege, der Bierbrauer
Andreas Amann
im Alter von 30 Jahren. Ihre feinem Andenken.
Zahlstelle Schwenningen a. R.

Senfmüller
für eine größere Stadt Süddeutschlands
gesucht.
Arbeitsfremdige, tüchtige und willige Bewerber, denen an dauernder, gut bezahlter Stellung gelegen ist, wollen sich melden unter **S. G. R. 127** an **Rudolf Roske**, Frankfurt a. M.

Unserem Kollegen **Jos. Walter** nebst Frau **Marie**, geb. **Kroner** nachträglich die besten Glückwünsche zur Vermählung.
Zahlstelle Mülhausen i. E.



Brauer-Holzschuhe
Am allerbesten, seit Jahren bewährte Qualitäten. Verlangen Sie meine neueste Preisliste.
Joh. Harders,
Altona a. Ebe, Ad.-Hr. 28.
Holzschuhlager u. Pantoffel-Fabrik.

Wini Dreimer, Brauer, Metternich. Seine Adresse erbittet Vorsitzender **W. Müller**, Braunschweig, Berber 32.

Andreas Manz, Brauer, Sengen D./N. Uraß, wird wegen Zugehörigkeit gesucht. Adresse erbittet **S. Ludwig**, Brauerei, Gebrauhofen bei Deuts. Kirch.

Vergnügungsanzeigen.
Halberstadt. Am Sonntag, den 16. März, abends 8 Uhr, findet im „Odeum“ ein Bezirks-bergnügen statt. Festrede: Hauptvorsitzender **Chel**. Die umliegenden Zahlstellen sind freundlichst eingeladen.